

● Und es gibt die zweite Seite der Planung im „Block 103“, die kleine Welt des Lebens vor Ort, den Kiez, den Protest gegen die Entmietung des halben Blocks und die alte „Kahlschlagsanierung“, den Widerstand von Mietern gegen die kleinen Schikanen und die gro-

über 60 Mieterhausversammlungen im „Block 103“, die in Kooperation mit der Bauausstellung durchgeführt wurden, der Unwille über die Planungen der Sanierungsträger formuliert, die Instandsetzung der Wohnungen und Häuser gefordert, die Mitsprache der Mieter bei den Maßnahmen, der Wunsch wohnen bleiben zu wollen, die begrenzte Mietzahlungsfähigkeit bei den meisten.

Dagegen stehen sicher auch objektive Gründe: z.B. wird den Architekten der Träger der Mehraufwand einer sozial abgestimmten Planung und -durchführung nicht vergütet, dahinter steckt aber vor allem leider ein Machtspiel der Sanierungsträger, die den „Eigentümer“-Titel gegen die Planungskompetenz der Bauausstellung ausspielen. Der zweite Sanierungsträger im „Block 103“ blockierte das o.g.



Sozialplanverfahren der IBA im Januar 1983 (!) sogar durch Hausverbot gegen den Blockplaner „und alle anderen Mitarbeiter der Bauausstellung Berlin GmbH“.

All den Widrigkeiten zum Trotz existieren in den vermieteten Häusern inzwischen eine Reihe von Hausgemeinschaften, die sich mit Unterstützung von Mieterberatern selbst vertreten.

Das Problem liegt bei der bisher fehlenden Umsetzung der erarbeiteten sozialen Bedürfnisse und baulichen Mängel in faktische Verbesserung der Bausubstanz. Dies ist keine bautechnische Frage, sondern eine Frage inwieweit die Sanierungsträger politisch dazu veranlaßt werden können, einen veränderten Sanierungsprozeß, bei dem die sozialen Bedürfnisse der betroffenen Bewohner die Orientierung bilden, mit zu tragen und auf die Füße zu stellen.

Einiges auf die Beine gestellt haben in den 3 Jahren, in denen Sanierungsträger, Senat und IBA zäh um die Modellhaftigkeit rangeln, die Instandbesetzer in „Block 103“. Das erste Haus, die Mariannenstr. 48, wurde just im März 1980 besetzt, nachdem es bis auf ein tapferes Schneiderlein entmietet worden war und nach 6 Monaten Leerstand nur der Verfall Fortschritte machte.

Von den 176 Wohnungen, die als „entmietet“ bis Mitte 1981 gezählt wurden, sind bis heute der Großteil „instandbesetzt“. Hunderte meist jugendlicher deutscher Bewohner rundeten die „Neue Kreuzberger Mischung“ im Block ab. Sie besteht aus traditionellem Restgewerbe, der kleinen Gruppe älterer deutscher Bewohner, den zahlreichen türkischen Familien und ihrem neu angesiedelten Gewerbe, zumeist bestehend aus Handel und Dienstleistungen.

Alles in allem ist der „Block 103“ heute wieder voll und hat über 1000 Bewohner.

Unter dem Schlagwort *Instandbesetzen ist besser als Kaputtbesetzen* wurden bis heute etwa 50 % der Wohnungen mit meist einfachen Mitteln instandgesetzt, nach Schätzungen der IBA ca. 200.000 DM an Sachwerten und über 100.000 Arbeitsstunden in die Erneuerung investiert.

Dies ohne langen Planungsvorlauf und ohne einen Pfennig öffentlichen Geldes.

Es entstanden dabei nicht nur eine Reihe von Wohn- und Hausgemeinschaften und kleinerer Gemeinschaftseinrichtungen (z.B. Kitas) für die Selbstversorgung, nebst instandbegrünter Höfen und Freiflächen, sondern auch ein neuer nachbarschaftlicher Verbund, der auf dem Boden gegenseitiger Anerkennung und gegenseitigen Nutzens gewachsen ist.

Das Leben zwischen Baum und Borke, zwischen „legal“ und „illegal“ ist für die Menschen im Kiez der Alltag. Man/frau lebt miteinander. Hier noch große Unterscheidungen treffen zu wollen ist zwar keine Haarspalterei, aber angesichts der Praxis doch weitgehend Philosophie.

Und deshalb ist es auch den Besetzern nicht leichtgefallen, der auch von der Bauausstellung getragenen „nachträglichen“ Legalisierung ihrer Häuser durch den neuen Sanierungsträger *Stattbau (Netzbau)* zuzustimmen.

Und deshalb wird ebenfalls verständlich, warum Anfang März 42 Gewerbetreibende der engeren Nachbarschaft sich für *Stattbau* und gegen eine Diffamierung des Blocks als „Schutzzone der Gewalt“ (CDU-Elsner) einsetzte und dies dem Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker in einer offenen Erklärung mitteilten.

Damit bestätigt sich hier im „Block 103“ am Heinrichplatz ein Grundsatz, den die Bauausstellung im Angesicht des Scherbenhaufens der Sanierung am Kottbusser Tor Anfang des Jahres 1981 aufstellte, daß nämlich die Instandbesetzer ein Teil des sozialen Prozesses und des baulichen Erneuerungsverfahrens werden können.

Zur Perspektive

Neben den Hausplanungen für den Block wurden seit Anfang 1981 von der Bauausstellung Modellüberlegungen angestellt, um hier an Ort und Stelle für den ausscheidenden Sanierungsträger einen Nachfolger zu finden, der die oben skizzierten neu gewachsenen Verhältnisse, Ansprüche und das Selbstverständnis v.a. auch der jugendlichen Bewohner berücksichtigen kann. Es entstand das „Modell eines kooperativen und blockbezogenen Trägers“.

Die vorgeschlagene Rechtskonstruktion für den neuen Träger im „Block 103“ ist bisher in wesentlichen Bestandteilen umgesetzt und betriebsbereit:

- 1) Mitte 1982 wurde die *Netzbau GmbH* gegründet. Die zunächst von den Mitgliedern des Selbsthilfefonds Netzwerk e.V. als alleinigen Gesellschafter gehaltene und für die „Gesamtlösung der Instandsetzungsfrage“ vorgesehene GmbH, ist nach wechselvollem politischen Schicksal am 26.02.83 auf den neu gegründeten Förderverein „Leben im Stadtteil“ (LIST) übergegangen. *Netzbau* heißt nun *Stattbau*. Mit der Anerkennung von *Netzbau* im Dez. 82 ist auch ein neuartiger vom Geschäftsführer *Gert Behrens* entwickelter Mitbestimmungsmodus für sanierungsbetroffene Bewohner der GmbH in Kraft getreten. Den Bewohnern werden 50 % der Stimmen im Aufsichtsrat von *Stattbau* zugesichert, die übrigen 50 % setzen sich anteilig aus Arbeitnehmer der GmbH, der evg. Kirche Berlins, der örtlichen Kirchengemeinde und wohnungspolitisch engagierten Interessenvertretungen zusammen.

Außerdem sind die Bewohner mit 20 % an der GmbH selbst beteiligt und haben ebenso wie der Förderverein LIST unabhängig von der Höhe des Nominalbetrags eine Stimme in der Gesellschafterversammlung.

- 2) Im Dezember 1982 wurde der Bewohner-Verein „SUN – Selbsthilfe und Nachbarschaft“ gegründet, um den gemeinsamen An-

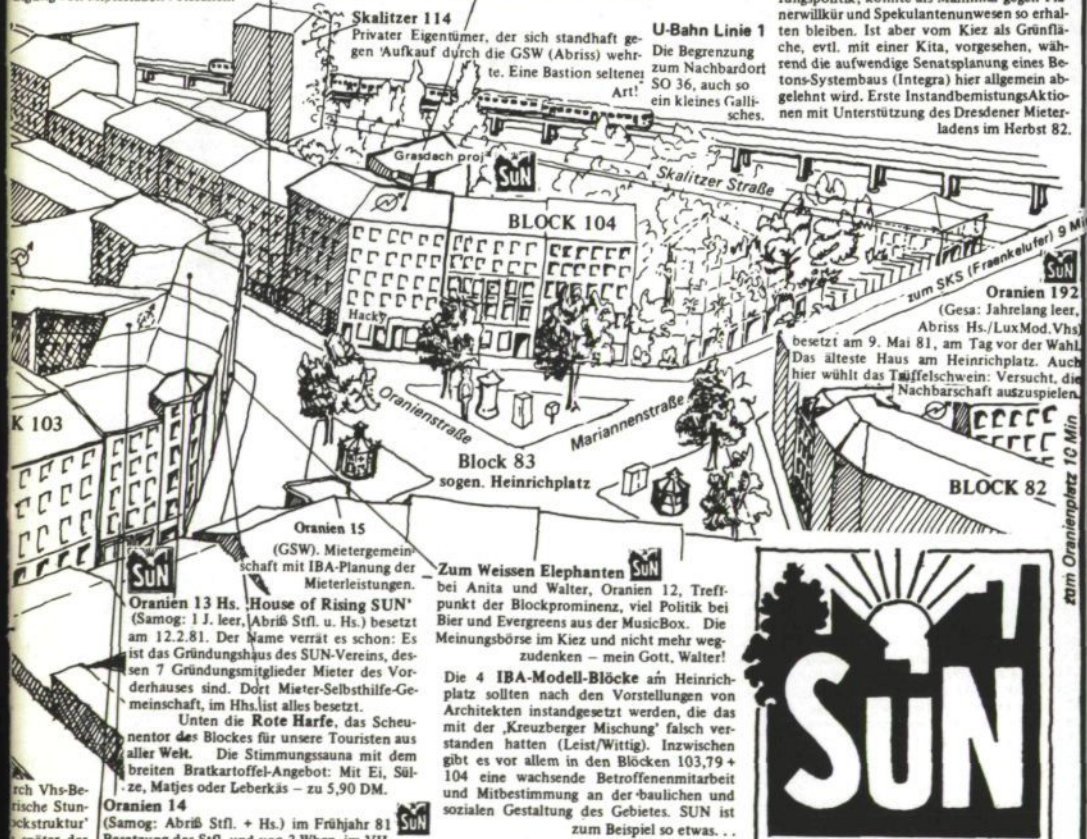
imer: Abriß v. Stfl., Qugeb., Regemeinschaft zur Durchsetzung setzungsforderungen. Alte und berger Mischung“.

r seit 79: Abriss Stfl. + Remise, (s.) Im August 82 als Umsetzhaus e Besetzer vom Bezirk zur Verfü. Im EG dt.-türk. Restaurant, seit e Mietvertrag und seit August 81 Stock – quasi besetzt. Im Hhs. angelische Kita mit 60 Pl. einge- len, mit Grünflächen.

otalabriss) Mieter-SelbsthilfeGe- angestrebt. Wird der Kampf ge- fellschwein Erfolg haben? Jeden- ills ist hier alter „Kiez-Adel“ dabei.

hgreifende Modernisierung, ver- ch Mietergemeinschaft, mit z.T. Selbsthilfeerfahrung.

n 7 orm von Eigentümergemeinschaft un- ülligung von Mieterladen Veteranen.



arch Vhs-Berische Stun- ckerstruktur' später der haus gegen trlicher - Ta- ollwertnah- Gemüse, Le- tgut – ein esprochene Mitglieder

esprochene Mitglieder

Zur Winterfeldtstraße ca. 90 Min.

Oranien 197

Im Frühsommer 81 besetzt, bald aber wieder aufgegeben, da zu kaputt. Bemerkenswerte Ursprungsfassade von 1865 im streng klassizistischen Stil, einzigartig in Kreuzberg. Hoffentlich berücksichtigt die GSW das bei der durchgreifenden Modernisierung!

Oranien 198 „BesetzA-Eck“

(GSW: Abriß Stfl./LuxMod Vhs.) im Oktober 80 besetzt – ein letzter Mieter war noch drin. Die Kneipe unten fügte dem Ruf des Heinrichplatzes noch ein weiteres hinzu. Heute Bewohnergemeinschaft, im Seitenflügel wollen Studenten von der TU (IWOs) zupacken. Unten Dach des Stübchens des Block-Astrologen, im Eckladen die Lederwerkst. Die legendäre Punk-Kneipe wird es nicht wieder geben, da sich die Einstellung des Hauses zum Alkohol geändert hat. Den Namen wird die neue Teestube aber beibehalten: „BesetzA-Eck“.

Harambee, Oranien 199. Afrikanisches Kunstgewerbe, Platten, Kleider. Treffpunkt der Rastafari-Szene in der Luisenstadt.

Skalitzer 114

Privater Eigentümer, der sich standhaft gegen „Aufkauf“ durch die GSW (Abriss) wehrte. Eine Bastion seltener Art!

U-Bahn Linie 1

Die Begrenzung zum Nachbarort SO 36, auch so ein kleines Gallisches.

Die Schöneberger Dependence
Winterfeldtstr. 31, 35 und 37. Ehem. Eigentümer ist die „Grund“, die wie die „Samog“ zum Hauert + Noack-Konzert gehört. Neben dieser formalen Verbindung ist eine inhaltliche gegeben durch die Tatsache, daß die drei Häuser besetzt und zum größten Teil von Frauen bewohnt sind. Besetzt am 9.5.81, u. 6.3.81, weil entmietet, weil Luxusmodernisierung geplant.

Der Block 104

Eine wahrhaftige Ruine verfehlter Sanierungspolitik; könnte als Mahnmal gegen Planerwillkür und Spekulanteneuwesen so erhalten bleiben. Ist aber vom Kiez als Grünfläche, evtl. mit einer Kita, vorgesehen, während die aufwendige Senatsplanung eines Betons-Systembaus (Integra) hier allgemein abgelehnt wird. Erste Instandbesserungsaktionen mit Unterstützung des Dresdener Mieterladens im Herbst 82.

Zum Weissen Elefanten

bei Anita und Walter, Oranien 12, Treffpunkt der Blockprominenz, viel Politik bei Bier und Evergreens aus der MusicBox. Die Meinungsborse im Kiez und nicht mehr wegzudenken – mein Gott, Walter!

Die 4 IBA-Modell-Blöcke am Heinrichplatz sollten nach den Vorstellungen von Architekten instandgesetzt werden, die das mit der „Kreuzberger Mischung“ falsch verstanden hatten (Leist/Wittig). Inzwischen gibt es vor allem in den Blöcken 103,79 + 104 eine wachsende Betroffenenmitarbeit und Mitbestimmung an der baulichen und sozialen Gestaltung des Gebietes. SUN ist zum Beispiel so etwas...

Was das ist:

SAMOG = Gesellschaft für Stadterneuerung mbH (16 Grundstücke im Block 103)
GRUNDAG = Sanierungsgesellschaft in Schöneberg, gehören beide zum Wohnungskonzern HAUERT + NOACK = einer der größeren Male in der Spekulantenszene mit über 30 Gesellschaften
GESA = Gesellschaft für Stadterneuerung mbH
APH = „AlfredPrinzHohenlohe“ berüchtigte Abschreibungsgesellschaft
GSW = Gemeinnützige Siedlungs- u. Wohnungsbau-Gesellschaft mbH
BeWoGe = Berliner Wohn- und Geschäftshaus GmbH
LEIST + WITTIG = Erfinder eines Planungskonzepts, nach dem die Kreuzberger Mischung teilweise erhalten bleibt (ab 77)
SPI = Sozialpädagogisches Institut der Arbeiterwohlfahrt
TRÜFFELSCHWEIN = Darauf abgerichtet, die kostbaren Trüffeln aus dem Boden zu wühlen.

spruch auf Selbstverwaltung und selbstorganisierte Erneuerung der Häuser gegenüber *Stattbau* zu vertreten und eventuell in Form einer Sanierungsgemeinschaft nach StBauFG vertraglich abzusichern.

Im Sinne dieser Perspektive wurde als Bereitschaftserklärung zur Kooperation mit *Stattbau* und Übernahme des 20 % Anteils der GmbH ein 8-Punkte-Forderungskatalog für die Selbstverwaltung mit *Stattbau* von Mietern und Besetzern der ersten 20 in Frage kommenden Häuser überreicht:

1. Selbstverwaltung auf ökonomisch „neutralem“ Boden soll auch weiteren Häusern, die *Stattbau* wünschen, ermöglicht werden.
2. Niemand soll sich an den Häusern bereichern.
3. Die Finanzierung von Bewirtschaftung, Instandhaltung, Werkstätten und Gemeinschaftseinrichtungen soll selbstbestimmt bleiben.
4. Planung und Durchführung von Baumaßnahmen liegen bei den Bewohnern, bzw. bei Fachleuten des Vertrauens.
5. Öffentliche Förderung der Grundinstandsetzung als Widergutmachung der durch die Sanierungspolitik angerichteten Schäden.
6. Verrechnung der bisher von Mietern und Instandbesetzern geleisteten Arbeiten.
7. Die Art und Weise der Nutzung der Häuser liegt bei den Hausgemeinschaften, Initiativgruppen und deren Vertretungen auf Blockebene.
8. Das Belegungsrecht liegt bei den Häusern und den tatsächlichen Nutzern.

Der Verein hat inzwischen bereits 300 Mitglieder und soll letztendlich ca. 550 Mieter und Nutzer vertreten, außerdem 18 Gewerbetreibende und 3 kleinere Kindertagesstätten mit betreuen.

Für die handwerkliche und gewerbliche Entwicklung entwickelt der SUN-Verein z.Zt. die Konstruktion einer „Wirtschaftskooperative“, die von den Mitgliedern des Vereins gehalten werden soll.

- 3) Mit der Senatsverwaltung und *Netzbau*, vertreten durch die Geschäftsführer *Gert Behrens* und *Franziska Eichstädt*, wurde ein Sanierungsvertrag entwickelt, der die oben genannte Kooperation einer auf Bewohner und Selbsthilfe hin orientierten Erneuerung ermöglicht und die erbrachten Leistungen

perspektivisch für die Bewohner vor Ort sichern kann. Folgende Gesichtspunkte wurden im Vertrag verankert:

- Der treuhänderische Sanierungsträger unterstützt die Hilfe zur Selbsthilfe im sozialen und baulichen Bereich. Die Erneuerung soll kostengünstig und ohne Gewinnerzielung durchgeführt werden. Projekte zur Schaffung von Wohn-, Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten von Jugendlichen sollen besonders gefördert werden.
- Sanierungsträufgaben der Planung, Durchführung und Verwaltung können im Sinne der angestrebten Selbstverwaltung der Nutzer und Initiativen an diese weitergegeben werden.
- Zur langfristigen Nutzung werden den Nutzergruppen dingliche Rechte, insbesondere Erbbaurechte eingeräumt.
- Bei der Veräußerung der Grundstücke sind die Nutzer vorrangig anzusprechen, die in Eigenleistung erbrachten Wertsteigerungen sind dabei ebenfalls angemessen einzubeziehen. Gemäß Vertragsziel sollen aber in jedem Fall bei der Veräußerung nachhaltig tragbare Wohnkostenbelastungen für bedürftige Bevölkerungsgruppen gewährleistet werden.

Soweit so gut – auch für den Modellblock 103 am Heinrichsplatz. Der Sanierungsträger ist gegründet, die Mitbeteiligung der Bewohner an der GmbH gesichert, die Rechtsperson für die Außenvertretung von Mietern und Besetzern existiert bereits mit dem „SUN“-Verein, ein auf die Ansprüche Berlins und die Erfordernisse vor Ort abgestimmter Sanierungsvertrag liegt vor, die Besetzer, Mieter und Gewerbetreibenden haben dem Vertrag zugestimmt – alle Voraussetzungen für „geordnete Rechtsverhältnisse“ und die Wiederaufnahme einer zügigen Sanierung sind mit *Stattbau* gegeben. Doch der Bausenator *Rastemborski* zögert immer noch, den unterschrittsreifen Vertrag für ein modellhaftes Stück Wohnungspolitik im Kleinen zu unterzeichnen und der alte Sanierungsträger behindert weiter die Lösung, indem er weiter um Ablösesummen pokert. Nichts passiert.

Das ganze Spiel wäre eine Posse zur IBA '84, wenn es nicht um so viele Menschen und deren Hoffnungen ginge.

Peter Beck.

Wo bleibt denn das Soziale?

– kritische Anmerkungen zum Heft „IBA-Halbzeit“

Vorbemerkung

Erfreulich ist es für die „Fach“-Welt, in einem ganzen Arch⁺-Heft über eine Berliner Alternativ-Behörde in Sachen Stadterneuerung, -reparatur und -neubau ausführlich informiert zu werden, über ein Berliner Experiment, das in einem bislang weitgehend der Kapitalverwertung unterworfenen Bereich neue Zeichen in Richtung „Planung von unten“, ja „Demokratisierung der Erneuerungsprozesse“ setzen will. Erfreulich ist es auch daß – vor allem durch den Beitrag „Architektur und Stadterneuerung“ von *Hoffmann-Axthelm* – die architekturpolitisch und -ideologisch recht konträren Ansätze der beiden IBA-Bereiche, Altbau und Neubau, nicht unter den Tisch fallen und aus der bisherigen Arbeit beider Bereiche wohl differenziert Bilanz gezogen wird.

Während aber die Architektur-Ideologie *Kleinhuysen*, nach der der ästhetische Zylinder des Post-Modernismus durch die ganze Südliche Friedrichstadt undifferenziert und flächendeckend walzen soll, in diesem Heft einer sachlichen und nicht gerade sanften Kritik unterzogen wird, bleibt die Stadterneuerung *Häuser* von einer (Selbst-)kritik weitgehend verschont. Das Ausklammern von Fragen, die viel zu wichtig sind, um unerwähnt zu bleiben, auch wenn sie unbequem sind, kann zwar beim Leser den Eindruck erwecken, sie existierten nicht; dadurch können sie aber gewiß nicht aus der Welt geschaffen werden. Auch die politische verständliche Absicht, ein möglichst positives IBA-Bild zu vermitteln, entschuldigt das Ausbleiben wichtiger kritischer Fragestellungen in Bezug auf die Altbau-IBA nicht. So bleiben zumindest folgende zentrale Fragen offen:

- Wie wird die IBA ihrem Anspruch gerecht, die Erneuerung an den Bedürfnissen der „Jetzigen Bewohner“ zu orientieren, sie mit ihnen zu planen und zu realisieren?
- Wie sieht die Betroffenenbeteiligung in Wirklichkeit aus und welche Probleme stehen im Wege, um sie tatsächlich zu verwirklichen?
- Wie geht die IBA mit der Tatsache um, daß ein Großteil der „Betroffenen“ aus Arbeitsimmigranten und ihren Familien bestehen, die überwiegend aus der Türkei stammen? Wie werden sie an der Stadterneuerung beteiligt? Wie wirkt sich das kulturelle Nebeneinander in der praktischen Arbeit vor Ort aus? Wie wirkt die sich gegen Arbeitsimmigranten mehr und mehr verschärfende Ausländerpolitik auf die behutsame Erneuerung aus?

Solche Fragen können sicherlich noch erweitert werden. Verwunderlich bleibt dabei, wie eine kritische Zeitschrift wie Arch⁺ solche wichtigen Fragen ausklammert und auf eine kritische Darstellung der IBA-Arbeit verzichtete konnte. Bevor ich diese Fragestellungen

präzisiere, möchte ich die Struktur des Heftes problematisieren, die meines Erachtens den wichtigsten Grund für die defizitäre Darstellung der Arbeit der Altbau-IBA bildet. Um Mißverständnisse zu vermeiden, möchte ich erwähnen, daß für mich – als Mitarbeiter der Altbau-IBA – eine destruktive Kritik fehl am Platz ist und daß es mir um eine (selbst-)kritische Darstellung von vernachlässigten Fragen geht.

Abbildung der IBA-Hierarchie – kaum Platz fürs Fußvolk

Daß es auch in der IBA – trotz selbstverständlichen Duzens untereinander – eine starke hierarchische Struktur gibt und daß auch in dieser Alternativ-Behörde so etwas wie Gebietsfürsten, Feldherren usw. existieren, versteht sich. Und dies wird im genannten Heft deutlich abgebildet, wobei das Fußvolk weitgehend außen vor der Tür bleibt: natürlich fängt das Heft mit einem Beitrag vom – mittlerweile reichlich renommierten – Bezirksbaustadtrat an, der wiederum diejenigen zu erwähnen pflegt, die den oberen Teil der IBA-Pyramide bilden und keine kleinen Handwerker sind. Ihm folgt die Abbildung der IBA-Hierarchie von Gebietsfürsten über Feldherren bis zum Fußvolk, das die Ausnahme der Regel darstellt.

Diese Bemerkungen wären überflüssig, wenn in diesem Heft zumindest die Arbeitsinhalte und Instrumente, vor allem das Soziale des Sanierungsverfahrens der Altbau-IBA hinreichend dargestellt worden wären. Doch scheint ohne den Beitrag derjenigen, die sich mit dem Sanierungsalltag auf unterster Ebene, mit verschiedenen Problemen der Betroffenen also, auseinanderzusetzen, die Darstellung der sozialen Inhalte kaum zu gelingen.

Der offengebliebene soziale Kontext der Arbeit der Altbau-IBA

Was die ersten zwei Fragestellungen angeht, so vermißt man im genannten Heft eine Darstellung des Hausversammlungsverfahrens, das aus den Forderungen der ehemaligen Betroffenenversammlungen, Dresdener Straße und Waldemarstraße, entwickelt wurde und nach mühseligen Auseinandersetzungen mit den Sanierungsträgern („Mieter werden in Hausversammlungen indoktriniert“, so die Träger zu Anfang) und mit der Verwaltung und nur durch intensive Bemühungen der Altbau-IBA durchgesetzt werden konnte. Gegenwärtig bildet es den wichtigsten Baustein der Erneuerung in IBA-Gebieten. Nach diesem Verfahren finden in jedem Grundstück verschiedene Hausversammlungen statt, die die wichtigste Quelle eines Informationsaustausches bilden: für die Mieter bedeutet dies Informationen über verschiedene Modalitäten der Erneuerung, wie Mängelbeseitigung, Umfang der Maßnahmen in Ab-

Architektur aktuell im nächsten Heft:

- Zur Theologie der Tradition, eine Diskussion zwischen Leon Krier und Peter Eisenmann
- Projekte von Michael Habeck, Peter Kulka, Bruno Schindler, des DWB's Bayern, zum Wettbewerb kosten- und flächensparenden Bauen. Essen-Vogelheim und zum Ideenwettbewerb „De Kop van Zuid“, Rotterdam, u.a.
- Rückblick: Volkshäuser der Deutschen Arbeiterbewegung, noch einmal: documenta urbana
- Berichte und Kommentare vom Kongreß: Alternativen in der Wohnungspolitik in Hannover vom 13. bis 15. Mai, 1983
- Zeitschriftenschau
- Rezensionen



Foto: Serwel / Auslöser

hängigkeit von der Miethöhe, Regelung der Umsetzung oder des Wohnenbleibens, Entschädigungsleistungen etc., und für die Verwaltung, einschließlich der IBA, Informationen über Haushaltstrukturen, Mietzahlungsbereitschaft, gewünschten Standard in Abhängigkeit von der Miethöhe etc. Werden Hausversammlungen vor der Maßnahmeplanung in einer Vorbereitungsphase hauptsächlich von den vor Ort arbeitenden (türkischen und deutschen) Mieterberatern durchgeführt und durch Einzelgespräche mit Mietern vervollständigt, so schalten sich die IBA, die Architekten, der Bezirk und die Eigentümer in der Planungs- und Durchführungsphase mit ein und nehmen an den Hausversammlungen dieser Phasen teil. Eine Betroffenenbeteiligung wird hauptsächlich anhand der Hausversammlungen praktiziert, und zwar ohne Präferenzen nach ethnischer oder nationaler Zugehörigkeit der Betroffenen.

Anders sieht es aus, was die sogenannten Bürgerversammlungen in Bezug auf übergreifende Maßnahmen (Verkehrs- und Infrastrukturmaßnahmen, Platzgestaltungen etc.) anbelangt: hier reduziert sich der Kreis der Beteiligten nahezu völlig auf die aktiven Gebietsbewohner. Die Mehrheit der Betroffenen, die Arbeitsimmigranten und ihre Familien sowie die alten Menschen, erfährt von solchen Versammlungen und somit Maßnahmen kaum. Ähnlich sieht die Situation in Gremien aus; in der für die Betroffenen vielversprechenden Erneuerungskommission treffen sich, neben Verwaltung und Eigentümer, nahezu ausschließlich die Insider als Betroffene zusammen. Schließlich bleibt ein Großteil der Betroffenen von einer umfassenden Beteiligung mehr oder minder ausgeschlossen – mit Ausnahme der direkt Betroffenen, d.h. derjenigen, in deren Häusern konkrete Maßnahmen entweder laufen oder anvisiert sind und deshalb Hausversammlungen durchgeführt werden.

Ein wesentlicher Grund hierfür ist das bei der Öffentlichkeit und der aktivierenden, animierenden Gemeinwesenarbeit für die Betroffenen vorhandene Manko, das in der Mitarbeiterstruktur der Altbau-IBA angelegt ist. Daß sich unter Mitarbeitern der Altbau-IBA eine Gruppe zusammen mit bezirklichen Sozialämtern darum bemüht, der Installierung einer Gemeinwesenarbeit im genannten

Sinne auf die Beine zu helfen, die das Defizit in der Betroffenenversammlung abzumildern helfen und sie auf eine breitere Basis stellen soll, und daß hierzu wichtige Schritte bereits getan sind, kommt in diesem Heft nicht zu Sprache – auch das Kapazitätsdefizit in zweisprachigem sachkundigen Personal wird hier nicht angesprochen, dessen Abbau für eine auf die kulturellen Attribute der Arbeitsimmigranten gerichtete Betroffenenbeteiligung unerlässlich sein dürfte.

Dies sind Fragen und Inhalte, deren intensive Erörterung in einem *Arch*-Heft für die Arbeit der Altbau-IBA im Treuhandbereich (in dem förmlich festgelegten Sanierungsgebiet, in dem IBA treuhänderischer Sanierungsträger ist) meines Erachtens wesentlich wichtiger ist als die Darstellung eines Kita-Projektes in einem Parkhaus, das merkwürdigerweise in diesem Heft der einzige Beitrag aus dem Treuhandbereich ist.

Ausländer als Sanierungsbetroffene: kein Thema für IBA?

Als sogenannter Ausländerbeauftragter der IBA und vor allem als Ausländer scheint mir besonders wichtig zu problematisieren, wie leichtfertig in diesem Heft mit der Thematik umgegangen wird: die Tatsache, daß etwa die Hälfte der Betroffenen aus europäischen Peripherieländern stammen und daß die Stadterneuerung, will sie dem Anspruch der Behutsamkeit gerecht werden, auf die mitgebrachten Kulturen und auf die stattfindenden Akkulturationsprozesse Rücksicht zu nehmen hat, taucht außer den Nebenbemerkungen nirgendwo auf und wird nahezu von allen Autoren sauber vermieden. Deshalb möchte ich hierauf kurz und kritisch eingehen.

Das wichtigste inhaltliche Problem in diesem Heft ist, daß, anstatt der erzwungenen Ansiedlung von Arbeitsimmigranten und ihrer Familien in Erneuerungsgebieten der Altbau-IBA, die zum großen Teil Anfang bis Mitte der 70er Jahre erfolgte, die Arbeitsimmigranten selbst als ein „Problem“ an sich präsentiert werden. Expliziert wird „das Problem Ausländer“ in Beiträgen von *van Geisten*: „... bunt Türkmenleben und soziales Grauseln...“, „... (die behutsame Stadterneuerung lehnt) eine Verbesserung der Bevölkerungsstruktur

durch Austausch der Bewohner, d.h. Verdrängung des Problems in andere Stadtgebiete (ab)...“ (beide Zitate: S. 58). Dies sind Aussagen, denen die Selbstverständlichkeit des „Problem-Seins“ der Arbeitsimmigranten und ihrer Familien zugrundeliegen. Van Geisten lehnt zwar eine „Verbesserung der Bevölkerungsstruktur“ und den damit verbundenen Bevölkerungsaustausch ab, will aber die Ausländer, sprich die Bevölkerungsstruktur, als ein „Problem“ definieren, dem Herr zu werden gilt. Unmißverständlich kommt diese fragwürdige Sichtweise auf S. 67 zum Ausdruck: „(Die) soziale und bauliche 'Idylle' hat jedoch in den letzten Jahren erheblichen Schaden genommen, so daß hier vor wenigen Jahren das Umkippen in den Slum veranschaulicht werden konnte, sich die Symptome geradezu aufdrängten: rapide Veränderung der Bevölkerung – der Ausländeranteil schnellte von 10 % auf über 40 % der Bevölkerung in wenigen Jahren...“.

Was kippt eigentlich hier um? Fallen solche Aussagen nicht in ein Denkmuster mit stark national geprägten Zügen? Sind dies unbewußte Äußerungen, wenn dem Autor bewußte Schüren von Fremdenangst nicht unterstellt werden kann? Das ist die gleiche quantitätsbezogene Argumentationsweise, die zur Durchsetzung repressiver Maßnahmen in der Ausländerpolitik von der CDU und von Teilen der SPD herangezogen und sogar von rechtsextremen Gruppierungen zur Grundlage ihrer Überfremdungsthesen gemacht wird. Fragwürdig bleibt auch, warum hier nicht die Tatsachen erwähnt werden, daß der Bezirk Kreuzberg gerade durch das Dasein der Arbeitsimmigranten und ihrer Familien eine gesunde Altersstruktur und eine recht günstige Beschäftigungsquote aufweisen kann (die meisten „Ausländer“-Familien sind eben einfache Arbeiterfamilien mit Kindern, wie es sie in der Kreuzberger Geschichte als das Normale immer gegeben hat); gerade dadurch entsteht im Nahversorgungsbereich eine Nachfrage, die der Existenzvernichtung bei Kleingewerbe und der Invasion dieses Bereiches durch Supermarktketten entgegenwirkt. All dies sind soziale und wirtschaftliche Stabilisierungsfaktoren im Gebiet und keine Symptome des Umkippens. Solche Äußerungen – ob sie bewußt gemacht wurden oder unbewußt – entsprechen nur einer Auffassung, die die

Unterordnung, also Diskriminierung von Nicht-Deutschen den Deutschen gegenüber als etwas Selbstverständliches ansieht.

Auch in Bezug auf die Schulversorgung definiert van Geisten den hohen Anteil von Ausländerkindern als Problem Nummer eins (S. 70), obwohl in der schulpolitischen Diskussion längst der Begriff „Sprachinländer“ Anwendung findet, der solche Ausländerkinder bezeichnet, die hier geboren oder aufgewachsen sind und keine besonderen Probleme in der Schule haben. Der Anteil solcher Kinder ist in Kreuzberg nicht gerade gering. Es gibt also höchstens Sprachprobleme solcher Ausländerkinder, die keine Deutschkenntnisse haben und als solche in die Schule integriert werden müssen, und nicht „das Problem der Ausländerkinder“. Die Ausländerpolitik sorgt ja seit 1973 – 1975 durch verschiedene Instrumente (Zuzugssperre für Ausländer u.a. auch in Kreuzberg, Wohnungsnachweispflicht für die Familienzusammenführung uns seit Ende 1981 durch das Herabsetzen des Einreisalters der Ausländerkinder praktisch auf 13 etc.) ohnehin dafür, den Arbeitsimmigranten die Familienzusammenführung und das Nachholen der Kinder, das Zusammenleben-Können mit der Familie also, zu erschweren. Das sind die durch die zentrale Ausländerpolitik verursachten Probleme, die eine mittelfristige Lebensplanung den Ausländerhaushalten erheblich erschweren und einer Betroffenenbeteiligung kraß entgegenstehen – auch hiervon ist in diesem Heft keinerlei Rede.

Durch diese Kritik ist keineswegs bezweckt, vorhandene Problemsituationen herunterzuspielen; sicherlich existieren enorme Probleme zwischen verschiedenen Teilkulturen, insbesondere zwischen den in Berlin vorhandenen und aus der Türkei dazugekommenen Teilkulturen. Es ist aber meines Erachtens wesentlich sinnvoller, für eine behutsame Stadterneuerung die Problemsituationen so differenziert wie möglich anzugehen und jegliche Pauschalisierungen zu vermeiden. Dabei hilft der Ansatz nach kulturellen Kategorien wesentlich mehr als solche nach nationalen Kategorien, zumal die soziale Orientierung der Stadterneuerung zur Zeit an vielen Stellen gegen den Strom schwimmen muß – nicht zuletzt wegen der ernsthaften Verunsicherung der Arbeitsimmigranten und ihrer Familien durch die Verschärfung der Ausländerpolitik und durch die mit ihr zusammenhängende Verschlechterung der allgemeinen Stimmung gegen sie.

Sicherlich gibt es innerhalb der IBA keine fertigen Rezepte, die die Toleranz verschiedener Teilkulturen füreinander erweitern und die Bewohner dazu bringen können, das Existenzrecht ihnen fremder Kulturen selbstverständlich anzuerkennen und darüber hinaus diese für ihre Kulturen innovativ umzusetzen (gegenseitige Akkulturation). Zumindest gibt es aber die Kleinarbeit der Mieterberater vor Ort, die eine wichtige Vermittlungsrolle auch in kultureller Hinsicht spielen; diese Arbeit ist aber sehr unzureichend und muß durch eine gezielt für die Betroffenen zu gestaltende Aufklärungsarbeit und durch animierende Gemeinwesenarbeit erweitert werden. Hier hat die IBA einiges nachzuholen, insbesondere was die personelle Kapazität angeht, will sie ihren formulierten Ansprüchen gerecht werden.

Cihan Arin

Jürgen Leitner
Hermann Neuerburg
Sandro Einsiedel

Schlechte Karten

Erfahrungen mit
IBA-Wettbewerben

Wir haben 1980/81 als kleine Gruppen und Büros an 2 international offenen IBA-Wettbewerben erfolgreich teilgenommen. Die Auslosung und die Empfehlungen des Preisgerichts stellen eine Beteiligung von Preisträgern an der Realisierungsplanung in Aussicht. In der Hoffnung, am weiteren Planungsprozeß mitwirken zu können, begannen unsere Bemühungen, die wir heute als eine 2-jährige Odyssee empfinden.

Wir, Teilnehmer am Wettbewerb „Südliche Friedrichstadt“, wandten uns zuerst im November 1980 an den IBA-Planungsdirektor für Neubaugebiete, Josef Paul Kleihues, um am weiteren Planungsverfahren teilnehmen zu können. Fehlende Entscheidungen hinsichtlich des Bebauungsplanverfahrens und der Bauherrnfrage, waren die Gründe der IBA für stets unklare und inhaltliche Antworten auf diese und alle weiteren Anfragen.

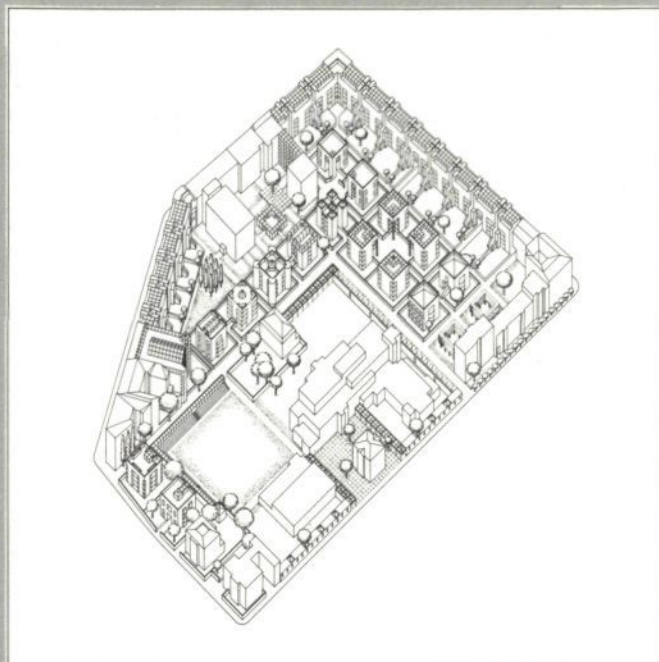
Informell erfuhren wir, daß eine Mitarbeit wohl nicht realisierbar sei – zumal das Auswahlverfahren für die zu beteiligenden Architektengruppen undurchsichtig und von persönlichen Festsetzungen des Planungsleiters bestimmt blieb.

Im Zwischenbericht und Programm „Die Neubaugebiete“ vom Februar 1982 schließlich, das die IBA dem Senat vorlegte, waren erstmals offiziell Architekten vorgeschlagen – wir und auch andere Preisträger nicht, aber international bekannte Büros, die an eingeladenen, aber dann nicht realisierbaren Wettbewerben (z.B. Tegel und Koch-/Friedrichstr.) teilgenommen hatten. Bei den „Stars“ der Szene genügte der IBA also Qualifikation in einem Wettbewerb, um sie andernorts an Bauaufgaben heranzubringen. Dies trifft übrigens auch für die Verfahren Rauchstraße und Lützowplatz zu.

Im Juli 1981 reisten wir, die 2 am Wettbewerb Lützowplatz beteiligten Gruppen, unabhängig voneinander nach Berlin zur Ausstellung der Arbeiten. Unsere Erwartungen wurden enttäuscht, anlässlich der Ausstellungseröffnung Vertreter der IBA und der Stadt Berlin sowie Kollegen kennenzulernen und auf ein gewisses Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit zu stoßen: keiner der hohen Herren war anwesend, eine Vorstellung der Arbeiten und der Teilnehmer fand nicht statt. Andernorts ist dies bei Wettbewerben üblich und gerade für junge Berufsanfänger wichtig.

Mit Glück, wie man uns zu verstehen gab, kam am nächsten Tag ein mehrminütiges Kurzgespräch mit Herrn Kleihues zustande, – die vom Preisgericht empfohlene Beteiligung solle von uns nicht als Anspruch mißverstanden werden und man solle sich freuen, zu den Preisträgern zu gehören.

Anschließend eingereichte Arbeitsmappen unserer einzelnen Gruppen sollten geprüft und wir bei weiteren Entscheidungen informiert werden. Gerüchte über eine Vorschlagsliste, die uns nicht berücksichtigte, kamen uns im Januar



2. Preis Lützowplatz Hellriegel / Neuerburg, Köln

1982 zu Ohren. Wir forderten Herrn Kleihues auf, uns die inhaltlichen und organisatorischen Konzepte der Planung mitzuteilen und den Prozeß der Entscheidungsfindung transparent zu gestalten. Unser Interesse ging hierbei über unsere Rolle als Preisträger hinaus und richtete sich auch auf die vom Wettbewerb erhofften architektonischen und sozialen Qualitäten. Andere Preisträger reagierten meist nicht auf unsere Initiative; es entstand allerdings die Interessengemeinschaft der o.a. Frankfurter und Kölner Teilnehmer.

Ein Brief der IBA im März 1982 brachte schließlich Gewißheit über unsere Nichtteilnahme. Aus dem Kreis der Preisträger waren mehrere Gruppen berücksichtigt worden; Teilbereiche mit hohen Realisierungsaussichten wurden an in anderen Wettbewerben qualifizierte, bekannte Büros vergeben. Unsere Kritik an dieser Praxis sowie der Vorschlag, zumindest unsere aus 3 Preisträgern bestehende Arbeitsgruppe mit einer Planungsaufgabe zu betrauen, blieben unbeantwortet.

Wir haben daher den BDA Berlin um Unterstützung gebeten. Dessen engagierter Brief vom April an die Planungsdirektoren mit der Aufforderung zu einem gemeinsamen Gespräch ist auch noch nicht beantwortet. („Es stünde der IBA gut an, wenn sie die Pflege der Wettbewerbsverfahren mit der Unterstützung der Autorität des Preisgerichts und der Förderung des Nachwuchses verbände.“)

Um unsere Position zu verdeutlichen und um vermuteten Vorbehalten hinsichtlich unserer fachlichen Qualifikation zuvorzukommen, erarbeiteten wir bis Juni eine Broschüre mit Argumenten, Biografien und neuen Arbeitsproben. In Kleinauflage an IBA-Direktoren und -Koordinatoren verteilt, gab es auch hier keine Antwort.

Weitere Rückfragen handelten uns schließlich den Vorwurf ein, mit dem indiskreten Wirbel unserer Broschürenaktion mögliche Zusammenarbeit bereits im Vorfeld vereitelt zu haben. Wie kann man, so fragen wir uns, zu denen, die man schon lange ausgeschlossen hat, von Vorfeld und Zusammenarbeit sprechen?

Die Mißachtung unserer Interessen und Ansprüche sind eine bisher

durchgängige Erfahrung in der aufwendigen und ergebnislosen Auseinandersetzung mit der Neubau-IBA und ihrem Planungsleiter. Daher stellen sich für uns nun ethische Fragen, wie es zu dieser Odyssee kommen konnte. Einige werden wohl für immer unbeantwortet bleiben müssen, doch manche sind heute für uns erklärbar.

Wie sich in unseren zweijährigen Bemühungen zeigte, sind wir mit den Organisatoren der IBA nie zu recht gekommen. Letztendlich lag das Hauptproblem bei dieser Organisation, die sämtliche Wettbewerbe ausschrieb und auch an der Preisverteilung mitwirkte. Für alle weiteren Bearbeitungs- und Entwurfsstufen ist die IBA der maßgebliche Ansprechpartner für die Architekten. Sie ist auch in diesem Stadium der Vermittler zwischen möglichen Bauherren und der Verwaltung.

Es ist also für Architekten, im Rahmen von IBA-Wettbewerben nicht möglich, sich direkt an den Bauherren und die Behörden zu wenden. Die IBA ist nur eine empfehlende Institution. Sie hat daher immer wieder eine Möglichkeit, sich gegenüber unseren Anliegen nicht festlegen zu müssen.

Architekten müssen ihre Projekte den IBA-Verantwortlichen zur Begutachtung vorlegen, gegenüber Bauherren, Bauträgern, Senat, WBK und Bezirksämtern diese jedoch selber durchsetzen. Wenn es also um die konkrete Durchsetzung von Bauaufgaben geht, sind die IBA-Organisatoren nicht mehr zuständig.

Nach außen stellt sie sich aber als alleinige Entscheidungs- und Vergabeinstitution dar.

Man muß sich fragen, ob eine Nichtberücksichtigung damit zusammenhängt, daß wir junge Architekten, Berufsanfänger und „Nobody's“ in der Architektenszene sind. Aber gerade die IBA sollte es als ein Forum jungen Architekten ermöglichen, ihre Vorstellungen zu verwirklichen.

Die für den Neubauteil zuständigen Kontaktpersonen, Planungsdirektoren und Koordinatoren haben nie Interesse gezeigt, sich mit uns auf einer fachlichen Ebene auseinanderzusetzen. Ihre Rollen bestanden darin, uns immer wieder zu trösten, um uns dann irgendwann beiläufig mitzuteilen, daß die

Entscheidung schon längst gefallen wäre. Trotz der Empfehlungen des Preisgerichts waren wir für diese Herren lästige Bittsteller. Wozu werden Wettbewerbe ausgeschrieben und die Vorschläge junger Architekten prämiert, wenn man sie anschließend beiseite schiebt? Selbst eine Aufforderung des BDA Berlin an die IBA-Direktoren verlief bisher im Sand.

Abschließend bleibt zu fragen, welche konkrete Funktion die IBA eigentlich hat. Unserer Ansicht nach sollte die IBA ein klar geführter Organisations- und Verwaltungsapparat sein, um neue Vorstellungen realisieren zu können. Statt dessen hat die IBA sich im Kompetenzstreit und Profilierungsdiskurs einzelner aufgerieben.

Letztendlich werden die IBA-Bauten von Finanzierungs- und Bauträger gesellschaftlich realisiert. Veränderungen geplanter Vorhaben durch diese Investoren können von der IBA mangels Durchführungskompetenzen oft nicht wirkungsvoll verhindert werden – ebenso wenig von Architekten, die in den Augen der Bauherren nur zusätzliche Probleme und Kosten verursachen.

Soll man sich gar darüber freuen, unter solchen Bedingungen nicht am Planen und Bauen in Berlin beteiligt zu sein?

Berlin im III. Reich

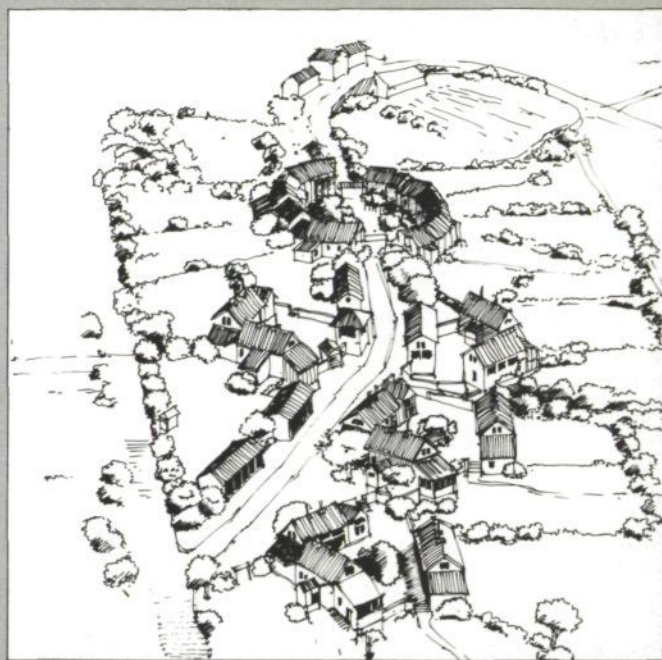
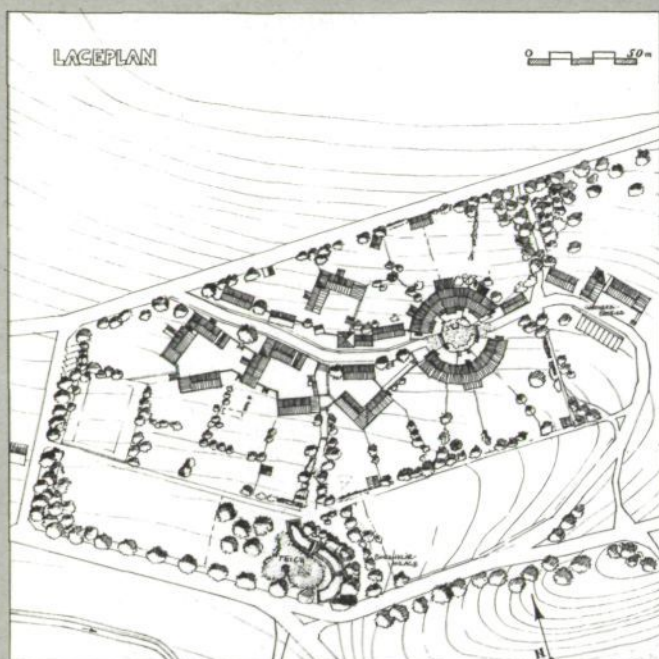
Anlässlich des 50. Jahrestages der Machtübergabe ist in der Reihe „Diskussionbeiträge“ des Instituts für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin die Publikation „Der Fehrbellener Platz – Fragmente einer durch das III. Reich gezeichneten Geschichte“ (Verfasser: Harald Bodenschatz und Hans Stimmann) erschienen. Mit dieser Publikation wird nicht nur versucht, die verdrängte Geschichte des wichtigsten „Berliner Platzes des einfachen deutschen Angestellten der NS-Periode“ anhand von Dokumenten städtebaulich und nutzungsmäßig zu rekonstruieren, sondern gleichzeitig demonstriert, wie in der Nachkriegszeit dieser „Platz ohne offizielle Erinnerung“ angeeignet wird. Preis: 10 DM. Erhältlich: ISR der TU Berlin, Dovestr. 1-5, Zimmer 701, 1000 Berlin 10.

Kontaktanzeige:

Im Rahmen meiner Dissertation zum Thema „Soziokulturelle Einrichtungen. Geschichtliche, politische, soziale und räumliche Bedingungen“ suche ich insbesondere Material über Volks-, Arbeitervereins- und Gewerkschaftshäuser (auch Pläne, Fotos) von 1848 bis heute. Außerdem interessieren mich alle Initiativen einer „Kultur von Unten“, die es zu eigenen Häusern gebracht haben. Unkosten werden erstattet. Wolfgang Niess, Goebenstr. 45, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/66 74 01.

Veranstaltungshinweis

21. – 23. Juni 1983, Rennes, Frankreich: Intern. Symposium on New Materials for Building and Civil Engineering. Auskunft: M. Laquerbe, INSA, 20 ave des buttes de coesmes, F-35043 Rennes Cedex



Ökologisch- Baubiologische Siedlung Friebertshausen (Hessen)

Zusammen mit der Hessischen Landesgesellschaft (HLG) will die Stadt Gladenbach in ihrem Ortsteil Friebertshausen eine „ökologisch-baubiologische Siedlung“ als Musterprojekt realisieren. Der starken Initiative des Gladenbacher Bürgermeisters ist es zu verdanken, daß sich 1982 die „Arbeitsgruppe Ökologisches Bauen“, Berlin, die „Planungsgruppe für Architektur und Ökologie“, Kassel und der „Arbeitskreis für Humanökologie“ aus Aachen, an einem Gutachterverfahren beteiligen. Von den 3 eingereichten Arbeiten wurde schließlich der Aachener Entwurf favorisiert.

Der Siedlungsentwurf umfaßt 18 Wohneinheiten, die sich teils zu kleinen Höfen (3 WE) oder einem Rundling (8 WE) gruppieren. Die Dorfstraße läuft ohne Gefälle auf einer Höhenlinie und verbindet die einzelnen Hofformen.

Die Stellung der einzelnen Häuser resultiert aus verschiedenen Entwurfsgrundsätzen:

- Es sollte eine Dorfsituation mit einem vielfältig gestalteten Straßenraum, halbprivaten Hofbereichen und einem gemeinschaftlichen Platz geschaffen werden.
- Jedes Haus soll durch seine Lage und Ausrichtung die Möglichkeit zur Passiven Sonnennutzung haben.
- Alle Schlafplätze in der Siedlung sind von geopathogenen Einflüssen freizuhalten. (Für Planer stand genaues Kartenmaterial einer geobiologischen Untersuchung – Wasseradern, Verwerfungen, etc. durch Rutengänger und Messinstrumente zur Verfügung)



- Die geschaffenen Wohnsituationen sollen sowohl von Einzelnen, Familien als auch Familiengruppen bewohnbar sein.

Der Hauptkonflikt bei der Beachtung dieser Grundsätze entstand zwischen der angestrebten Geschlossenheit einer Dorfanlage und den Möglichkeiten der Solarnutzung.

Neben zwei vorgeschlagenen passiven Solarsystemen sind für die einzelnen Häuser Hypokausten- oder Fußleistenheizungen vorgesehen, die direkt durch Offenfeuerung oder durch eine Wärmekraftkopplung betrieben werden.

Die Siedlung soll im Ganzen konsequent nach baubiologischen Gesichtspunkten erbaut werden. Die Rohbaukonstruktionen, massiver Ziegelbau oder Holzständer mit Strohmausfachung, wählen die Bewohner je nach gewünschter Beteiligung am Bauprozess, aus.

Alle Häuser sind um 30 % erweiterbar. Neben der Bepflanzung wird dem Wasserhaushalt besondere Beachtung geschenkt. Regenwasser wird für Reinigungszwecke oder für die Gartenbewässerung genutzt, das gesamte Abwasser in einer zentralen Binskläranlage gereinigt und danach einem neu geschaffenen Feuchtbereich zugeführt.

Die geplante Siedlung ist mit Sicherheit kein Wohnplatz für jedermann. Sie soll vielmehr gebaute Hülle für Menschen sein, die ihr ökologisches Bewußtsein mit Gleichgesinnten in ihrer Wohnwelt „erleben“ wollen.

Diese Menschen sind die wichtigste Voraussetzung für das Gelingen eines solchen Projektes.

Eine „ökologisch-baubiologische Siedlung“ entsteht nicht durch eine Wärmekraftkopplung oder eine Binskläranlage, sondern vielmehr durch eine neue Ethik im Handeln der Bewohner.

Eine ausführliche Broschüre über das Siedlungsprojekt „Friebertshausen“, ist beim Arbeitskreis für Humanökologie Mariabrunnstr. 32, 5100 Aachen, für 14,- DM plus Versandkosten zu erhalten.

Arbeitskreis für Humanökologie
Aachen, Thomas Kostulski

Bauen mit Lehm

Seit Juni 1981 wird am Forschungslabor das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft Bonn, finanzierte Forschungsvorhaben „Entwicklung einfacher technologischer Verfahren zur Herstellung von Niedrigkosten-Bauten aus Lehm“ durchgeführt. Im Rahmen dieses Projektes wurden zwei Lehmbautechniken entwickelt und ein Testhaus mit 71 m² überdachter Fläche errichtet.

Nadelformverfahren mit extrudierten Lehmsträngen

Aus einem umgebauten und verstärkten Tonschneider, wie er in Töpfereien zur Aufbereitung von Ton verwendet wird, entstand ein Lehmstrangpreßgerät, das weniger als 5000 DM kostet und mit dem sich in einer Minute ein 1 bis 1,5 m langer 8x16 cm dicker Lehmstrang erzeugen läßt.

Es wurden verschiedenste Lehm-mischungen und Zuschlagmittel mit dem Ziel getestet, die Produktionsgeschwindigkeit zu erhöhen, das lineare Schwindmaß zu reduzieren und die Rißbildung beim Austrocknen zu minimieren.

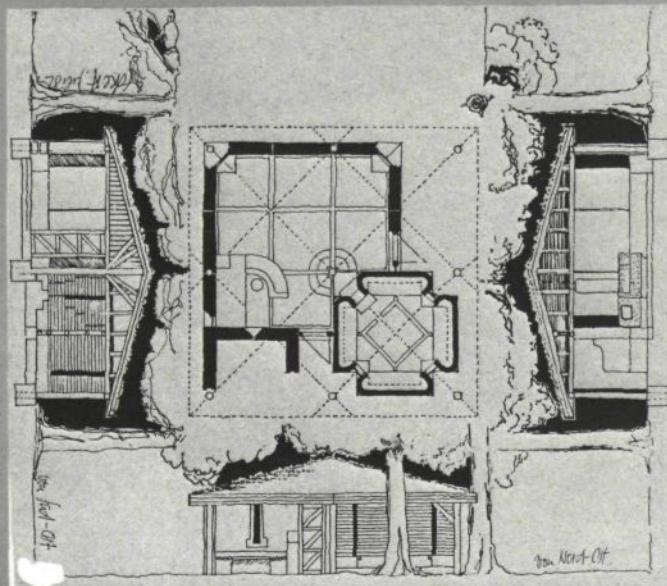
Als beste Lehmischung erwies sich ein magerer Lehm mit ca. 10 % Ton, 20 – 30 % Schluff und 60 – 70 % Sand. Durch Zusatz von Kiefernadeln ließ sich die Rissebildung geringfügig verringern und die Festigkeit erhöhen. Stroh-häcksel verringert die Produktionsgeschwindigkeit und kann dazu führen, daß einzelne Strohteile an den Messern hängen bleiben.

Lehmstränge aus diesem Gerät lassen sich ohne vorherige Trocknung im plastischen Zustand ohne Schalung und Mörtel zu einer Wand aufschichten.

Die Lehmstränge wurden in ca. 2 m Länge auf ein Brett extrudiert, zur Wand getragen und dort auf die bereits vorhandene Lage durch Kippen des Brettes gelegt. Die Fugen können im feuchten Zustand leicht mit dem Handballen oder einem entsprechenden Werkzeug verschmiert werden. Da der lineare Schwund während des Austrocknens jedoch 3 – 4 % beträgt, ist es sinnvoll, entsprechende Schrumpfungen vorher einzuplanen bzw. nur relativ kurze Wandelemente auszubilden und/oder abgerundete Ecken auszubilden. Bei richtiger Dimensionierung der Wandteile entstehen dann nur noch relativ kleine Risse, die mit der Hand oder mit der Kelle zuge-drückt werden können. Die im Testhaus verwendeten Stränge, die eine Abwicklung von ca. 3 m aufweisen, zeigten Risse bis zu 3 cm Dicke, deren Ausbesserung einen unverantwortlich hohen Arbeitsaufwand erforderten.

Elementierte Stampflehm-Wandbauweise

Analysen von traditionellen Lehmstampftechniken ergaben, daß das Aufstellen, Justieren und Umsetzen der Schalungen sehr arbeitsaufwendig ist. Ferner wurde festgestellt, daß das übliche horizontale Taktverfahren beim Versetzen der Schalung einen erheblichen Nach-



teil mit sich bringt: dadurch, daß jeweils frischer Lehm auf einen vorgetrockneten Teil aufgebracht wird, entstehen horizontale Schwindfugen.

Aus diesen beiden Gründen wurde eine neue elementierte Stampflehm-Bauweise entwickelt, bei der mit einer vertikal wandernden Schalung („Kletterschalung“) geschobhohe Wandelemente hergestellt werden. Das Neuartige und Vorteilhaftes an dieser Technik ist:

- daß das lineare Schwindmaß von den bei dieser Technik üblichen 2 % auf 0,4 % reduziert werden konnte,
- daß die in der Fläche entstehenden Schwindrisse so fein sind, daß sie leicht mit der Kelle zuge-drückt oder mit einem Anstrich zuge-deckt werden können,
- daß diese Technik kein nachträgliches Verputzen der Oberfläche erfordert.

Die Arbeitszeit läßt sich dabei im Vergleich zur traditionellen Stampftechnik um 50 – 80 % reduzieren.

Das für diese Technik entwickelte elektrisch betriebene Stampfgerät wandert selbsttätig in der Schalung hin und her und reduziert das Volumen der Lehmischung auf ca. 60 %.

Durch diese Stampftechnik konnte der Wassergehalt der Lehmischung drastisch reduziert und somit ein minimales Schwindmaß erreicht werden.

Die entwickelte traversenfreie Metallschienen-schalung erlaubt ein taktweises Versetzen der Schalungsbretter, ohne daß die Kletterschalung abgenommen oder neu ju-

stiert zu werden braucht. Die Abb. zeigt eine zweite neu entwickelte Schalung, die überwiegend aus 4 cm dicken Bohlenbrettern besteht und einfacher herzustellen ist. Sie ist außerdem leichter aufzustellen, ist jedoch nicht traversenfrei und benötigt mehr Schalbretter, da diese nicht auswechselbar sind. Zur Zeit wird eine dritte Schalung entwickelt, bei der dieser Nachteil vermieden wird.

Testhaus

Im Herbst wurde ein 71 m² überdachtes Versuchshaus auf dem Ex-

perimentiergelände des Forschungslabors errichtet. Dieses Haus besteht aus zwei sich durchdringenden Räumen, deren Wände mit der entwickelten Lehmstampf-technik bzw. mit der Lehmstrangpreßtechnik errichtet wurden.

Die Außenwände stehen auf einem 50 cm hohen Sockel aus gebrannten Ziegeln, der als Spritzwasserschutz dient. Die Außenwandoberflächen wurden lediglich mit Molke gestrichen. Später sollen weitere Tests mit anderen Hydrophobierungsmitteln durchgeführt werden.

Um größere Schrumpfrisse innerhalb der Wandfläche zu vermeiden, wurden die Wandelemente nur bis zu einer Breite von 1,80 m ausgebildet. Die vorgeplanten Schrumpfungen (an den Stößen der Wandelemente) erreichten lediglich eine Stärke von ca. 5 mm. Sie wurden nachträglich mit einem Leinöl-firnislehm oder Kalklehm ausgefüllt.

Die Fenster sind mit einer Ausnahme an den Wanddecken angeordnet, so daß mit Hilfe der reflektierenden Innenwände (weißer Kalkanstrich) eine relativ gleichmäßige Ausleuchtung des Innenraums erfolgt.

Das pyramidenförmige Dach besteht aus einer Rundholzkonstruktion und ist außen auf acht, innen auf einer Stütze gelagert. Die Lehmwände sind nichttragend ausgebildet, die Stützen stehen vor der Wand oder verlaufen innerhalb der Stampfwände.

Die Rundbalkenlage des Daches wurde mit Schwartenbrettern abgedeckt und mit einer in einem Stück vorgefertigten herbatec®-Dachhaut überzogen. Diese Dachhaut dient als wasser- und wurzelfeste Unterlage für ein ca. 18 cm dickes Grasdach. Das Grasdach besteht aus einem dreischichtigen speziellen Substrat und einer dürreresistenten und frostharten Grasvegetation, die in Form von Rollrasen aufgebracht wurde.

Gernot Minke

Anmerkungen:

- 1) Leiter: Gernot Minke; Wissenschaftl. Mitarbeiter: Klaus Eckert; Techn. Mitarbeiter: Frank Millies; weitere Mitarbeiter am Testhaus: Ghassan el Badwan, Lothar Behrens, Dorothee Götzfried, Matthias Lutter, Wolfgang Spinnler, Sach Stevens, Ronald Uhle;
- 2) Entwurf: Klaus Eckert, Gernot Minke

ARCH⁺ – Autor eröffnet Bauschule in den USA

Im Gründungsauftrag schreibt Bierman-Lytle:

Das „Master-Building-Programm“ soll unter Berücksichtigung alternativer Energien und vergessener handwerklicher Traditionen eine neue Bauausbildung schaffen. Das Programm basiert auf der Einsicht, daß in den letzten Jahren das Studium von Architektur und Umweltgestaltung verkommen ist. Wesentliche Fragen wurden vergessen. Als Beispiel sei hierfür der Umgang mit der Natur angeführt. (...) Die Lehre beginnt im Frühjahr 1983 mit dem Bau der Schule.

ARCH⁺ wird in einer der folgenden Ausgaben auf das Konzept von Bierman-Lytle zurückkommen.



Maternushaus Köln

Das Vokabular des industriellen Bauens mit seinen Rasterfassaden und Leichtbaukonstruktionen ist tot. Hoch lebe die traditionelle Sprache und Form der Architektur: So präsentiert sich das kürzlich eingeweihte „Maternushaus“ der Erzdiözese Köln, ein Werk der Architekten Peter Kulka und Hans Schilling.

Schwergewichtige, ziegelverkleidete Mauermassen schirmen die Anlage – dazu zählen u.a. die Diözesenbibliothek, Verwaltungs-, Tagungs- und Restaurationsräume, ein großer Saal, eine Kapelle – nach Norden und Osten, wo sich zwei vierspurige Schnellstraßen kreuzen, wie eine Burgfestung ab. Die geschlossenen Wandflächen sind nur von kleinen, eingeschnittenen Fensterlöchern durchbrochen. Hier prallt der Lärm der Verkehrsstraße ab, aber auch der vergeblich nach Einlaß Ausschau haltende Besucher.

Zugang findet er erst auf der Kehrseite der Festung, die sich nach Südwesten wie eine Muschelschale öffnet: eine amphitheatralische Architekturlandschaft terrassenförmig abgestufter Pultdächer, die den kleinen Eingangsbereich im Halbkreis formen und umschließen. Ein Bauwerk, zwei Seiten, zwei Welten – könnte man meinen. Seine Einheit gewinnt es wieder in der disziplinierten und zurückhaltenden Beschränkung auf wenige, traditionelle Materialien: Ziegel, Holz, Blei – sie allein bestimmen das Bild. Das Handwerkliche steht im Vordergrund: bis hin zu den gezielt eingesetzten kunstgewerblichen Details, wie dem geschmiedeten Kreuz auf dem Bleidach der Kapelle oder dem goldenen Granatapfel über dem Zelt des großen Saals, die die spröde Architektur in ihrer Symbolträchtigkeit steigern.

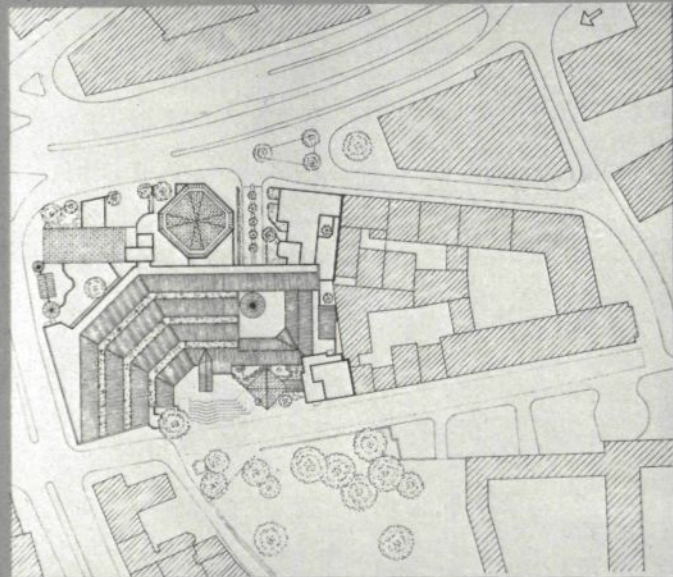
Seine Einheit gewinnt es wieder in der gestalterischen Beschränkung auf wenige, anerkannte Elemente der Architektur: Der „schwergewichtige“ Pfeiler, die „massive“ Mauer, das „schützende“ Dach, das Fenster, „loch“, der Tor, „durchgang“ werden in ihrer Bestimmung und Bedeutung akzentuiert, werden wieder zu den alleinigen Trägern der formalen Aussage. Auf modischen Schnickschnack und postmoderne Applikation kann verzichtet werden, nichtsdestoweniger ist die Fassadenkomposition in ihrer Einfachheit überlegt bis ins letzte Detail: Subtile Spiegelungen, Achsen und Symmetrien beweisen dies, ohne sich aufzudrängen.

Seine Einheit gewinnt es wieder in der Beschränkung auf wenige stereometrische Grundformen: Kubus, Zylinder, Tonne, Pyramide – leicht erfassbare und erfahrbare Körper, einfache Volumina, die zu einer komplexen, fast „städtebaulich“ zu apostrophierenden Anlage assoziierter Elemente zusammengefügt werden. Diese Komposition vermittelt Ruhe, aber nicht Eintönigkeit, Einfachheit im Detail und Vielfalt im Ganzen.

Man mag zu einigen Aspekten der formalen Aussage stehen wie man will, nicht zu leugnen ist, daß dieses Projekt einen zumindest „einprägsamen“ Ort definiert, der dem an dieser Stelle bislang vorhandenen „Un-Ort“, vom Autoverkehr und -lärm der Nord-Süd-Fahrt durch die Stadt Köln be-

stimmt, ein Mehr an städtebaulicher und architektonischer Bedeutung verleiht. Dabei verweisen seine Bezüge mehr auf die Tradition und das Vokabular der schwergewichtigen Kölner romanischen Kirchen als auf die Gotik des Doms.

Michael Peterek



Maternushaus Köln, Bauzeit: 1979 - 1983
Architekten: Hans Schilling, Peter Kulka, 5000 Köln Worringerstr. 23
Mitarbeiter: Ante Ruic, Klaus Radau, Nelson Cacoilo



Wissenschaftsläden und Bürgerinitiativen

In immer mehr Städten der Bundesrepublik (z.B. in Tübingen, Nürnberg, Kassel, Essen, Münster, Bielefeld, Bonn, Osnabrück, Bremen, Hamburg, Berlin) gibt es nach dem holländischen Vorbild der „wetenschapswinkel“ an Universitäten angegliederte oder autonome Wissenschaftsläden (Wila's). Sie verstehen sich als Zulieferer/Unterstützer von Initiativen, Projekten, Betriebsgruppen u.a., die nicht-profitorientiert, ökologisch und basisorientiert sind. Zur Vorbereitung eines gemeinsamen Treffens sind wir auf Eure Mithilfe aus den Wila's bzw. den BI's, Projekten, Betriebsgruppen etc. angewiesen:

- 1) Welche Anfragen habt Ihr an Wila's gerichtet /welche Anfragen habt Ihr von BI's und anderen Gruppen erhalten?
- 2) Kam ein Kontakt zustande?
- 3) Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit während u. nach der Kontaktaufnahme?
- 4) Welche Fragen aus Eurer Arbeit könnten zusammen mit einem Wila untersucht werden bzw. welche Angebote an BI's und andere Gruppen könnt Ihr aus Sicht eines Wila's machen?

Falls Ihr Zeit/Interesse an der Verantwortung und Mitvorbereitung habt, schreibt bitte an:
BBU, Friedrich-Ebert-Allee 120,
5300 Bonn 1 oder direkt an:
Thomas Ködelpeter, Kellerstr. 45,
8000 München 80.

Literatur-Wiese

– grau, grün, rot, bunt, alternativ
Wir wollen unseren Service für nicht so leicht zugängliche Fachliteratur (Produkte von Selbstverlagen, kleinen Verlagen, Universitätspublikationen usw.) verbessern. Bitte schickt uns jeweils ein (kostenloses) Probeexemplar entsprechender Veröffentlichungen zu! Wichtig ist auch die Angabe der Bestelladresse und des Preises! Wir garantieren, daß jedes uns zugestellte Probeexemplar kostenlos in unserer LITERATUR-WIESE aufgeführt wird, behalten uns allerdings das Recht vor, auch einmal einen Kurzkomentar anzuhängen. Sendungen unter dem Kennwort LITERATUR-WIESE bitte an Harald Bodenschatz, Pariser Str. 52, 1000 Berlin 15.

Veranstaltungshinweise:

07. – 14. November 1983, Nairobi, Kenia: Symposium on Appropriate Building Materials for Low Cost Housing, African Region
Auskunft: RILEM, 12 rue Brancion, 75737 Paris Cedex 15, Frankreich

28. – 30. März 1984, Zürich, Schweiz: Intern. Symposium on Earthquake Relief in Less Industrialized Areas
Auskunft: SIA, Postfach, CH-8039 Zürich

Die Veranstalter der „documenta urbana“ wollten mit dieser Ausstellung zukunftsweisende Impulse für den Wohnungsbau der achtziger Jahre geben.¹ Sollte etwa die neue Heimat (wenigstens bei diesem Vorhaben) an die von den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften in der Bundesrepublik fast vergessene für das Bauwesen und die Stadtplanung so bedeutsame politische Tradition dieser Gesellschaften vor dem ersten Weltkrieg und in den zwanziger Jahren anknüpfen? Die Einbeziehung der Ausstellung in die Documenta setzte diese Erwartungen noch herauf. Die Documenta, eine bedeutende Ausstellung, die einen Überblick auf den aktuellen Schaffensstand der bildenden Künste vermittelt, bzw. vermitteln will, bezieht endlich auch die Architektur mit ein. Schon wird diese Verbindung zu einem der wesentlichen Grundgedanken des Bauhauses gesehen.²

Der Möglichkeit einer zukunftsweisenden Beeinflussung von Architektur und Stadtplanung kann die documenta urbana jedoch kaum gerecht werden. Zu den wesentlichen Problemen des gegenwärtigen und zukünftigen Wohnungsbaus, dem Kostenproblem und der energiewirtschaftlichen Versorgung vermag die Ausstellung kaum Impulse zu liefern. Auch von der städtebaulichen Konzeption und den realisierten Grundrissformen ist kaum ein wesentlicher Anstoß für die zukünftige Entwicklung zu erwarten.

Zur Städtebaulichen Konzeption:

Die in verschiedenen Artikeln geäußerte Kritik gegenüber der städtebaulichen Konzeption bemängelt vor allem, daß nicht die Lösung aktueller innerstädtischer Problemfälle als Aufgabenbereich gewählt wurde. Statt dessen wurde in alter Manier der sechziger Jahre eine Siedlung auf der grünen Wiese realisiert, die zudem noch weitgehend für die Monofunktion Wohnen ausgebildet ist. So stellt sich die Frage, wo der neuzeitliche zukunftsweisende Beitrag gesehen werden soll?

Als zukunftsweisend werteten verschiedene Artikel in der Fachpresse den sparsamen Flächenverbrauch beim Zuschnitt und der Bebauung der einzelnen Grundparzellen.³ Diese Einsparungen wurden jedoch durch großzügig ausgewiesene öffentliche Flächen ausgeglichen. Für den gesamten Flächenverbrauch ergeben sich so kaum günstigere Werte als für vergleichbare bestehende Siedlungen. Dennoch liegt hier eine anerkanntswerte Planungskonzeption vor: die privat genutzte Fläche wird zugunsten der öffentlich genutzten Fläche reduziert.

Unter städtebaulichen Aspekten wird weiterhin die Lösung des Übergangs zwischen Haus und Straße hervorgehoben.⁴ Immerhin, es wurde sogar auf den in Neubausiedlungen der Bundesrepublik bisher fast obligatorischen Bordstein verzichtet. Durchaus eine gute Lösung, nur eben lange bekannt. Ich erinnere an den Vortrag, den Stephan Wewerka an der Hochschule für bildende Künste Berlin im Wintersemester 1966/67 gehalten hat. Damals, also vor 15 Jahren setzte sich Wewerka für derartige Lösungen ein, und er veranschaulichte seine Ausführungen mit Lichtbildern ausländischer Siedlungen, in denen dieser Konzeption bereits entsprochen war.

Ein Fest der Dekorateure?

Ein Kritisches Nachwort zur „documenta urbana“

Zur Behandlung des Kostenproblems:

Die Kostenentwicklung im Wohnungsbau ist bekanntlich die wesentlichste Ursache der z.T. schwerwiegenden Wohnversorgungsprobleme. Das hohe Zinsniveau, die Baulandknappheit in den Ballungsräumen und der Baukostenanstieg haben die Wohnungsproduktion auf eine viel zu geringe Anzahl schrumpfen lassen.

Die Zins- und Finanzierungsbedingungen kann der Stadtplaner und Architekt nicht ändern. Hier hätten jedoch Bund, Land und Stadt neuere Ansätze experimentell aufgreifen können, wie z.B. mit einer Weiterentwicklung des seit einigen Jahren diskutierten Mietkaufmodells, und damit dem Siedlungsvorhaben für diesen Bereich einen zukunftsweisenden Gehalt verschaffen können.

Das Problem der Baulandknappheit und damit der Baulandpreise beantworteten die Entwurfsverfasser mit kleinen verhältnismäßig hoch überbauten Grundstückspartellen. Dem steht der oben erwähnte hohe Freiflächenverbrauch gegenüber. Die Kommunen dürften infolge ihrer Finanzknappheit kaum in der Lage sein, die Kosten derart großzügig ausgewiesener öffentlicher Freiflächen zu tragen. So ist eine Übertragung des Großteils dieser Kosten mittels der Erhebung von Erschließungsbeiträgen auf die Grundstückseigentümer fast unvermeidlich. Das kann wiederum den kostensparenden Effekt der kleinen Baupartellen weitgehend aufheben, was sich letztlich in der Höhe der Miete bzw. des Kaufpreises niederschlägt. Aber auch bei hohen Erschließungsbeiträgen bleiben für die Kommune nicht unwesentliche Folgekosten, denn für den Unterhalt und die Pflege dieser öffentli-

chen Freiflächen hat alleine die jeweilige Kommune die Lasten zu tragen.

Die bisher realisierten Bauten lassen darauf schließen, daß die Baukostenaspekte von der Mehrzahl der Planer eher nachrangig behandelt wurden.⁵ Es scheint, daß deren Interesse vor allem von formalen Aspekten insbesondere hinsichtlich der Fassadengestaltung geprägt wurde. Balkone, die jeweils eine eigene vom Terrain aufragende Sichtbetonstützsäule für sich alleine benötigen, selbst wenn sie im zweiten oder dritten Obergeschoß auskragen, Luftgeschosse auf Stahlbetonsäulen, aufwendige Dachaufbauten und z.T. überdurchschnittlich hohe Anteile öffentlicher Erschließungsflächen sind nur einige Beispiele für den Vorrang formaler Gesichtspunkte gegenüber der Kostenseite.

Nun gut, in den meisten demonstrativen Siedlungsvorhaben der Bundesrepublik, die große Öffentlichkeitswirkung erzielten, lagen die Baupreise über denen der Alltagsbauten. Dafür wurde schließlich ein erheblich abwechslungsreicherer Stadtbild geschaffen. Ob dieser Lösungsweg angesichts der gegenwärtigen Situation im Wohnungsbau, die maßgeblich von der Kostenentwicklung bestimmt wird, vertretbar ist, hatten jedoch scheinbar auch einige der beteiligten Planverfasser angezweifelt. So der im Ansatz begrüßenswerte Versuch der Gruppe *Baufrösche* der Gesamthochschule Kassel, ein Billighaus zu erstellen, oder die Bemühungen, an die Überlegungen zum bedarfsentsprechend „wachsenden Haus“ anzuknüpfen.

Bedauerlich jedoch, daß die konstruktive Detailausbildung der Häuser der *Baufrösche* nicht gerade überzeugend ist. Nach meinen Erfahrungen zu urteilen, besteht

z.T. die Gefahr von Bauschäden, was zwangsläufig zu hohen Folgekosten führt. Schwächen in der Detailausbildung sind jedoch nicht nur dieser Gruppe zuzuschreiben, sie sind fast Symptom für eine große Anzahl der errichteten Bauwerke.⁸ Schlechte oder ungelöste Abschlüsse und Anschlußpunkte sowie z.T. seltene Materialvielfalt im dichten Nebeneinander ohne entsprechende konstruktive Berücksichtigungen, die stellenweise schon jetzt zu Schäden führten, sind häufig feststellbar.

Zur Behandlung der energiewirtschaftlichen Aspekte:

Seit der Energiekrise sind die Kosten für Energie der mit Abstand höchste und der am stärksten steigende Anteil der Folgekosten von Wohngebäuden, was zu deutlichen Erhöhungen der Mietbelastungen führt. Entsprechend intensiv waren in den letzten Jahren die Bemühungen in Forschung, Lehre und von Seiten der Industrie, Lösungswege und Produkte für effiziente Energieauslastung in der Bauwerksplanung und Siedlungsplanung anzubieten.

Die energiewirtschaftliche Konzeption der Siedlungsplanung der „documenta urbana“ beschränkt sich hingegen im wesentlichen auf das Blockheizkraftwerk. Nichts gegen diese Versorgungsaktion, aber sie reicht für eine zukunftsweisende Siedlung kaum aus, zumal die Gebäudeleistungen und Baukörperanordnungen z.T. deutlich hinter energiewirtschaftlichen Erkenntnissen zurückstehen. Man vermißt zudem die experimentelle Anwendung neuer Energiemöglichkeiten, wie z. B. Solartechnik, Energiebox und dgl.. Zur Verminderung der Risiken, die mit neuen technischen Lösungen verbunden sind, hätten



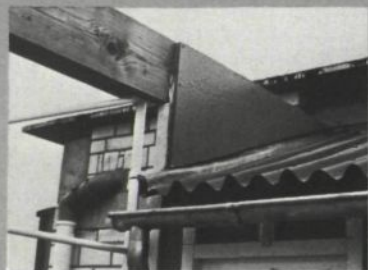
Fotos: Winkel



Verbindung Haus 4.2. (Herzberger) zu Haus 4.1. (Steidle u. P.)



Haus 52, 53 (Baufrösche)



Haus 49 (Steidle u. P.)

derartige Systeme ggf. auch mit dem realisierten Versorgungssystem des Blockheizkraftwerkes kombiniert werden können. Ebenfalls scheinen die vorliegenden Erkenntnisse der Abhängigkeiten zwischen Siedlungsstruktur und den Transmissionswärmeverlust der Gebäude kaum hinreichend berücksichtigt.⁹ Der gleiche Vorwurf ist gegenüber der Wahl der Gebäudestellung und der dadurch bedingten Wärmebedarf erhöhenden Windbildung zumindest partiell berechtigt. Die Öffnung in der „Schlange“ durch die beiden Torhäuser verursachen den klassischen Fall einer Düsenwirkung durch Baukörperanordnung, mit dem die Windgeschwindigkeit erhöht wird und der Transmissionsverlust deutlich ansteigt.

Bei der Ausbildung der Einzelbauwerke fanden energiewirtschaftliche Gesichtspunkte, wie schon durch den z.T. sehr unterschiedlichen Anteil der Fensterflächen ausgedrückt wird, keinen einheitlichen Anklang. Verschiedene Planverfasser bildeten ihre Loggien als Klimaübergangszone ähnlich eines Wintergartens aus, eine energetisch sinnvolle Lösung, die zur Nachahmung anregen kann.

Andere Bauwerke der „documenta urbana“ stellen hingegen unter energiewirtschaftlichen Aspekten schlichtweg einen Rückschritt dar. Gemeint ist vor allem die Laubengangerschließung im Bauwerk von Steidle und Fritsch oder im Obergeschoß des Bauwerks von Hilmer und Sattler, die Konzeption der Baufrösche, vereinzelt offene Treppenhäuser sowie die Anordnung von Luftgeschossen in der Erdgeschoßzone. Wegen der ungünstigen Energieverbrauchswerte wurden z.B. seit Ende der fünfziger Jahre (damals war die Energie weitaus billiger) in Berlin Wohnhäusern mit Laubengangerschließung die öffentliche Förderung versagt. In den Gebäuden der Gruppe Baufrösche ist das energetische Prinzip der Heizkörperanordnung nahe der Fenster umgekehrt worden. Statt dessen sind die Heizkörper vorwiegend in der Gebäudemitte und somit z.T. mit fast größtmöglichem Abstand zum Fenster angeordnet. Der damit verbundene Einsparungseffekt bei den Heizleitungen wird durch die ungünstige Energieausnutzung bei weitem kompensiert. In diesen jeweils eine Wohnung aufnehmenden Gebäuden waren (zumindest noch bei der Begehung im Novem-

ber 1982) außerdem die Erschließungstreppen vom Erdgeschoß zum Obergeschoß ohne Wärmedämmung und z.T. in Leichtbauweise an der Außenseite dieser Gebäude platziert. Dem stehen die Erfahrungen im Wohnungsbau gegenüber, daß die Anordnung von Heizkörpern im Treppenhaus energiewirtschaftlich vorteilhaft ist. Unerfreuliche Detailausbildungen sorgen bei den besagten Häusern noch für natürliche Belüftung, so daß die Bewohner in den Wintermonaten eine „Kälteschleuse“ passieren müssen, wollen sie die oberen Räume ihrer Wohnung erreichen. Eine nicht gerade benutzerfreundliche und energiewirtschaftlich zukunftsweisende Lösung. Es bleibt daher zu hoffen, daß bis zum Einzug der Bewohner bautechnische Ergänzungen vorgenommen werden.

Zu den Lösungen der Grundrißausbildungen:

Nach Jahren des von funktionalen Grundrißkonzeptionen der zwanziger Jahre geprägten Wohnungsbau war Ende der sechziger Jahre der Gedanke der flexiblen Grundrißausbildung die aktuelle Idee. So fanden damals Übungen, wie das mit den veränderten Familienbedürfnissen entsprechend zu erweiternde Haus, flexible Raumnutzung bis hin zur versetzbaren Trennwand große Beachtung.

Zum Ende der siebziger Jahre ist die Grundrißdiskussion wieder und entscheidend belebt worden. Unter folgerichtiger Abkehr von der funktionalen Grundrißausbildung wird endlich wieder der architektonischen Raumkonzeption Bedeutung zugemessen. Bemerkenswert sind so z.B. Tendenzen axialer Grundrißausrichtung, zentraler Wohnungerschließung oder die Rückbesinnung darauf, daß Wohnungerschließungen als Raum bzw. als Räume ausgebildet werden können anstatt des jahreslangen Schattendaseins als „Erschließungsschlauch“. In einer Zeit, in der die jahrelang praktizierten Gestaltungsgrundsätze derart in Bewegung geraten sind, ist wohl von vielen Architekten die „documenta urbana“ mit großer Spannung und Erwartung besucht worden.

Diesen Erwartungen entsprechen nach meiner Einschätzung nur die Fassaden. Hinter den „schicken“ Fassaden verbarg sich zu oft Althergebrachtes. So realisierten die meisten der Planverfasser Grundrisse, die in sehr ähnlicher Ausführung bereits vor etlichen Jahren gebaut wurden. Besonders enttäuschend, daß selbst der Stand der Grundrißdiskussion vom Anfang der siebziger Jahre häufig überschritten wurde. In den meisten der bereits realisierten Häuser haben die Planverfasser wieder Lösungen verwirklicht, in denen die Raumnutzung weitgehend durch die bauliche Ausbildung des Grundrisses fixiert ist. So ist wieder das große Wohnzimmer typisch, häufig in alter Gepflogenheit zuzüglich eines großen Individualraums (also Elternschlafzimmer) und eines kleinen Individualraums (das alte Kinderzimmer). Bestenfalls sind die Schlafräume gleicher Größe, so daß hier ein Austausch erfolgen könnte.

Von einigen Architekten wurde sogar die alte Planungslösung des Wohnzimmers mit dem Effekt der „Zwangskommunikation“ wieder realisiert, also Lösungen bei der ein Zugang zu den Individualräumen des Passierens des Wohnzimmers bedingt. Man fragt sich, ist die in mehr als achtzig Jahren gesammel-

te negative Erfahrung mit diesem Wohnungsgrundriß sowie die einschlägige Kritik der Soziologen an dieser Lösung¹⁰ so schnell vergessen worden?

Anknüpfungen an die gegenwärtig aktuellen Architekturtendenzen sehe ich mit Ausnahme der Planungen von Olivegren und den Baufroschen nur in den Fassadengestaltungen. Lediglich das Planungskollektiv I und die Planung von Hilmer und Sattler entsprechen auch in ihren Grundrißlösungen diesen fortschrittlichen Architekturtendenzen. Beide Architekturbüros orientieren sich in ihren Grundrißlösungen an axial ausgerichteten Konzeptionen. Die Wohnungerschließung wird raumgestaltendes Element. Außerdem ist in vielen der vom Planungskollektiv I sowie im gewissen Maße auch in den von Hilmer und Sattler realisierten Wohnungen die Nutzungsfestschreibung durch entsprechende Grundrißausbildung verhältnismäßig minimal.

Schlußbemerkung:

Faßt man die Leistungen der „documenta urbana“ zusammen, läßt sich resümieren: Der Beitrag liegt, abgesehen von einigen einzelnen interessanten und guten Anregungen vor allem in der vielfältigen dargebotenen zeitgemäßen Architekturtendenzen entsprechenden Fassadenarchitektur. Somit ist die Diskrepanz zwischen fortschrittlicher Fassade und Gebäudekonzeption in vielen der Beiträge zur „documenta urbana“ nicht zu übersehen. Bei derartigen Unterschieden in der geistigen Bewältigung von Form und Grundriß liegt der Gedanke an eine Architektur der Dekorationen nicht fern.

Rainer F. Winkel

Anmerkungen:

- 1) Prospekt: Kassel-Dönche „Schöne Aussicht“ Ein gebauter Beitrag zur documenta urbana, Hrsg. Gemeinn. Wohnungsbaugesellsch. d. Stadt Kassel, Neue Heimat Nordhessen u. Gemeinn. Wohnungs- u. Siedlungsgesellsch. Kassel, S.1, 3. Abs.; vgl. a. Puffert, A.: Der Projektlauf eines experimentellen Modellvorhabens, in: Stadt (1982) H. 8, S. 20.
- 2) Walter, K. u. Döhne, H.-J.: Experimenteller Wohnungsbau. Städtebau auf der Kasseler Dönche, in: Stadt (1982) H. 8, S. 18; Walter, K. u. Döhne, H.-J.: Experimenteller Wohnungsbau. Städtebau Versuchsbau. Vergleichsbauvorhaben zur documenta urbana in Kassel, in: BBauBI (1982) H. 8, S. 534.
- 3) Vgl. insbesondere die Autoren der Artikel zur documenta urbana in: Stadt (1982) H. 8.
- 4) Baller, H.: von der Konfrontation zur Kooperation, in: Stadt (1982) H. 8, S. 42.
- 5) Vgl. a. Ausführungen zu der von den Kosten her nicht wiederholbaren Siedlung in: Art.: Rundgänge, in: Bauwelt (1982) H. 37, S. 1575.
- 6) Vgl. u.a. die Ergebnisse der Untersuchungen von Deters, K.: Auswirkungen von Planungsmaßnahmen auf die Baukosten, in: BBauBI (1982) H. 6, S. 423-427.
- 7) Das gegenwärtig durchaus experimentelle Bauvorhaben zur Reduzierung der Kosten möglich sind, wird z.B. mit dem extra zur gleichen Zeit realisierten Demonstrativ-Bauvorhaben in Hessen Neu-Kranichstein von der Stadt Darmstadt u. dem Institut für Wohnen u. Umwelt veranschaulicht.
- 8) Vgl. a. Oestreich, A.: documenta urbana – Kunst am Bau Entdeckungen, in: Bauwelt (1982) H. 37, S. 1582.
- 9) Ditz, A. u. Mertin, H.: Energie u. Stadtplanung, Berlin 1982, S. 15-19.
- 10) Bard, H.P.: Humaner Städtebau, Hamburg 1968, S. 43 u. 44 u. S. 47 ff.

Fotos: IBA



Es ist die südliche Hälfte des geplanten Komplexes Ritterstraße Nord, die jetzt kurz vor Fertigstellung steht: sozusagen eine geschlossene Blockbebauung zwischen Ritter-, Alte Jacob-, Feilner- und Lindenstraße. Zur Ritterstraße zu öffnet sich die neue Anlage mit einem tiefen Cour d'honneur. So, wie dieser ungleich konsequenter in den Block hineingezogen ist als im gegenüberliegenden Pendant der Anlage Ritterstraße Süd, so ist hier alles mit etwas mehr Perspektive angelegt als im älteren Modell. Daß das inzwischen, im Vergleich noch dazu, sehr alt aussieht, ist unübersehbar. Man hat sich die peinlichen Außenbordmontagen jetzt so gut wie ganz gespart, es herrscht ein reinlicher Klassizismus, wie er sich auch sonst an vielen Stellen in Berlin durchzusetzen beginnt. Es ist im Ästhetischen also ein Normalniveau gefunden, über das man, von größeren Peinlichkeiten ungestört, beruhigt reden kann.

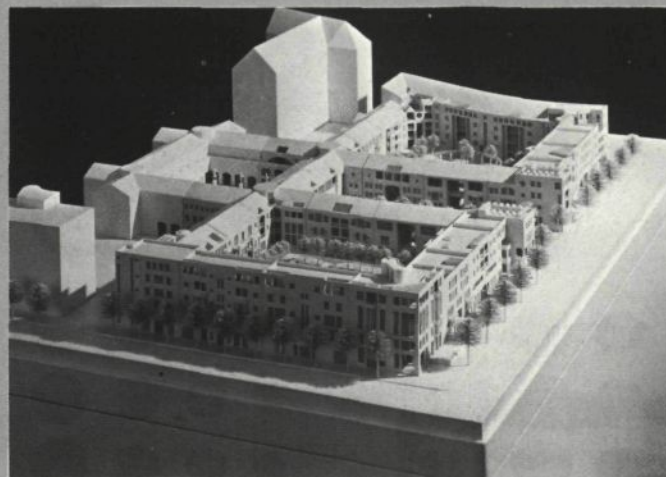
Der Versuch der Südanlage, unterschiedliche Häusertypen zur Ansicht zu bringen, ist weitgehend aufgegeben zugunsten einer erscheinungsmäßigen Angleichung der einzelnen Architektenportionen. Die wesentlichen Unterschiede liegen innen. Die Grenzen zwischen den Häusern sind noch gerade erkennbar, aber städtebaulich nicht thematisch, im Gegenteil. Was erscheint, ist die Einheitlichkeit einer barocken Schloßanlage, die an der Ostseite mit dem Straßenverlauf mitschwingt. Beidseitig des Cour d'Honneur umschließen vier Flügel jeweils einen relativ großen Innenhof. Die Außenkanten zur Lindenstraße und zur Jacobstraße sind – nicht im Detail und Grundriß, aber sehr wohl in Material und Gestik – symmetrisch ausgebildet, fünfgeschossig gegenüber der sonst durchgeführten Viergeschossigkeit. Sie haben viel Zwanziger Jahre-Sachlichkeit an sich (mit dem zur damaligen Sachlichkeit zugehörigen Sich-Recken hin auf eine noch kommende Größe). Die innerhalb dieser Einfassung liegenden Flügel ordnen sich dagegen unter ein früheres Modell: sozusagen staatliche preußische Reihenbebauung um 1840 (die es freilich um 1840 nicht mehr gab). Die durchlaufenden Zinkdächer sind schön zu sehen; zusammenfassend wirkt auch der gleichlautende helle Putz.

Daß hier ein historisches Schlachtfeld bebaut wurde, versteht sich von selbst. Das Gelände, auf dem jetzt gebaut wurde, verdankt sich der heroischen Aufräumarbeiten der sechziger Jahre, die die Schinkel'schen Ruinen der Militärarrestanstalt und des Feilnerhauses uns aus den Augen räumten. Die angedeutete Zwischschichtigkeit im Aufbau der jetzigen Anlage ist letzter dezenter Hinweis auf die illustren Vorgänger. Insbesondere das Feilnerhaus – als moderne Idee in den Köpfen der Formalisten – wurde zum Taktgeber. Die Annehmlichkeiten dieser Rücksichtnahme sind nicht zu

Ritterstraße Nord

übersehen. Ein allgemeineres Menetekel sind die Hofeinbauten: in diesen zonierenden Palisaden sieht man vertraute Altbaubalken aufgefällt wie die Knochen der erschlagenen Väter. Im übrigen herrscht, im Außendesign, friedvolles Vergessen und ein am erfreulich nützlichen Detail orientierter

Blick auf herkömmliche Gebrauchswerte (ob auswechselbar aussehend davorgestellte Fassadenplatten dazugehören, wäre andermal zu diskutieren). In einer Stadt, in der alle alten Maßstäblichkeiten durch Abriß verschwanden, hat solche Wiederkehr durchaus etwas anheimelnd Verfremdetes.

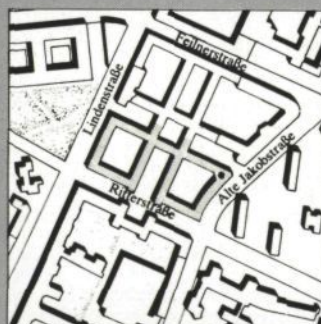


LINDEN-/ RITTERSTRASSE IBA 84

Architekten:

Bangert/ Jansen/ Scholz/ Schultes	Haus 1,5,8,11
Benzmüller/ Wörner	Haus 6,10,13,15
Feddersen/ v. Herder u. Partner	Haus 2,3,23
Ganz/ Rolles	Haus 4,18,20
Liepe/ Steigelmann/ Brandt/ Heiss	Haus 9,12,14,21
Müller/ Rhode	Haus 17,19,22
Krier	Haus 7,16
Halfmann/ Zölllich	Außenanlagen

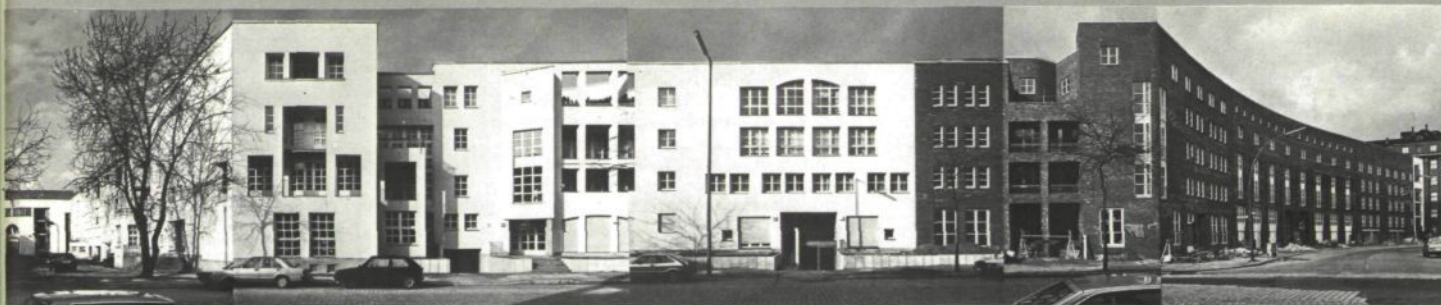
unten: das Feilnerhaus Foto: Rau



Für die Innenausbauten läßt sich das, soweit ich sie sah, nicht so sagen. Die Schwierigkeiten auf der Suche nach neuen Grundrissen sind überall zu spüren, Altbauräume übertragen in sozialen Wohnungsbau, das gibt eher Chaos und Verschnitt als die angestrebte Raumqualität. Mitschuld an den Schwierigkeiten ist auch, daß die Architekten sich nicht klarwurden, was sie eigentlich bauen wollten, Miethäuser oder Palladiovillen. Jeder schnörkelt halt in seinen vier Hauswänden seinen eigenen Zentralbau zurecht, was durch die zahlreichen Maisonette-Wohnungen noch gesteigert wird. Eine sehr schöne Mietshaus-Treppenanlage ist dagegen an der Lindenstraße zu sehen. Eine recht glückliche Lösung scheint mir auch, gerade weil hier, in Konzentration auf die Hofbebauung, Innen und Außen von einander abhängen, die Nordostecke, die darin allein so etwas wie Lokalkolorit zustandebringt. Auf längere Sicht interessant werden die Wohngemeinschaftswohnungen in der Jakobstraße sein; ob sie funktionieren (besonders im weiter ausbaubaren obersten Geschöß), ist durch ästhetische Gefühle beim Durchgehen nicht zu beurteilen, das braucht Wohnpraxis.

Das Herz der Anlage ist das neue Feilnerhaus. Relativ stringent ins Ganze eingebunden, ist es dezidiert ein Neubau mit vorgeschobenen Fassaden. Die „Schinkel-Fassade“ ist als Bühnendekoration gedacht: in Putz und mit Betonfertigteilsokkel (Feilner war Ofenfabrikant und brannte Schinkels Terrakotten in der Fabrik hinterm Haus, Schinkels Fassade benutzte natürlich Backstein). Die Bühnentechnik geht so weit, daß die Torfahrt nicht einmal ins Haus hineinführt; man betritt dieses von den offenen seitlichen Verteilerpavillons aus, die stellvertretend Backstein zeigen. Innen, bei Grundrissen wie Ausbau, herrscht entsetzlicher Bürokratismus, der so hart wie möglich gegen die vorgestellte nördliche Fassade (die historisierende) abgeschottet ist, während sie sich nach Süden zu ihrerseits von der Torfassade die Räume zustellen läßt. Das alles ist lobenswert konsequent. Konsequenz ist natürlich auch die weitere Idee, den Straßenraum vor der Schinkelkulisserie theatralisch zu schließen. Mir wäre das egal, wenn damit nicht die Feilnerstraße überhaupt aus dem Stadtbild verschwände. Warum das (immerhin ist das die älteste Straße der ganzen Friedrichstadt) nach so vielen mißglückten Berliner Straßenüberbauungen immer noch sein muß, wissen die Götter. Berlins teuerster Hinterhof – statt der Mülltonnen werden freilich dort Statuen stehen – scheint uns unweigerlich sicher, wenn nicht irgendwelche gnädigen Finanznöte dazwischenkommen und den Weiterbau auf dem nördlichen Block – wo ohnehin das Schema der vorhandenen Bauten wegen nicht mehr recht durchgeführt werden kann – entsprechend umorientieren.

Dieter Hoffmann-Axthelm



werk bund

Der Deutsche Werkbund NW plant eine Modell-Siedlung. Sie könnte in Essen-Altenessen auf dem Gelände der stillgelegten Zeche Carl realisiert werden. Der Werkbund will versuchen, mit dieser Siedlung ein Beispiel für den Wohnungsbau der 80er Jahre zu setzen. Es wird gezeigt, wie man heute

- in der Gruppe planen,
- genossenschaftlich organisieren und
- individuell wohnen kann, wie man dabei
- die Bauvorschriften kritisch überprüfen,
- neue ökologische Erkenntnisse nutzen und
- in Selbsthilfe billig bauen lernt.

Das Planungskonzept

Die Wohnanlage ist gegliedert durch ein klares System von Plätzen und Straßen, das mit einem polygonalen „Eingangsplatz“ beginnt und in quadratischen Wohnplätzen mündet. Diese können als Festplätze für die Gemeinschaft dienen. Anfang und Ende, Eingang und Ausgang der Straßen und Plätze sind sorgfältig architektonisch geformt. Türme, Tore, Erker, Brücken und dergleichen machen die öffentlichen Räume einprägsam. Eine zentrale Grünzone mit Teich und Brücke ist über ein verzweigtes Netz von Gassen und Pfaden erreichbar.

Das architektonische Rückgrat der Siedlung ist die „Stadtmauer“. Eigens für dieses Projekt entwickelt, begrenzt sie deutlich die Straßen und Plätze und trennt so die öffentlichen von den privaten Flächen. Sie wird gebildet aus den zusammenhängenden Fassaden der Reihenhäuser einschließlich der „Vorhäuser“, d.h. des Bauvolumens, das (in einer Tiefe von 2,40 m) unmittelbar hinter der Fassade liegt.

Dieser straßenseitige Teil eines jeden Wohnhauses ist zweigeschossig und enthält alle Sanitär-Einrichtungen wie Küchen, Bäder, WC's usw. sowie die im Keller durchlaufenden gemeinsamen Ver- und Entsorgungsleitungen. Sein Dach ist wie eine mittelalterliche Stadtmauer (wie etwa in Dubrovnik) für die Öffentlichkeit begehbar, man kann sie über verschiedenste Treppen, Rampen und Türme besteigen und von hier die Straßenräume einerseits, die Gartenlandschaft andererseits überblicken. Hier gibt es auch Zweiteingänge für Wohnungen im Dachgeschoß, „sturmfreie Buden“ usw.

Hinter dieser „Stadtmauer“ entwickeln sich frei und mannigfaltig die verschiedensten Wohnhaustypen. Hier ist Selbstbau erwünscht

Werkbund-Siedlung Ruhrgebiet



Fotos: Werkbund

und möglich. Vom „Vorhaus“ zum „Hinterhaus“ über die Anbauten, Wohnhöfe und Gartenhäuser zu den Nutzgärten entwickeln sich die Wohnbereiche ins Grüne hinein. Während die öffentlichen Räume und die „Stadtmauer“ streng durchgeformt und der Veränderbarkeit entzogen werden, ist die Architektur hinter der Mauer offen für alle Einfälle und Initiativen. Sie soll sich mit den Wünschen und Nöten der Bewohner und mit dem Generationenwechsel ändern und entwickeln.

Die Wohnsiedlung umfaßt ca. 90 Wohnbaustellen für je eine oder mehrere Wohnungen sowie Werkstätten für Selbsthilfe-Gruppen, Hobbywerkstätten, Jugend- und Altengruppen sowie Garagenhöfe. Eine begrenzte Zahl von Eigentumswohnungen ist in der Umbauung des „Eingangsplatzes“ vorgesehen.

Veränderbarkeit der Wohnungen

Das Planungskonzept berücksichtigt in besonders hohem Maße die

wechselnden Initiativen der Bewohner. Schon während der Bauzeit sind im Bereich hinter der „Stadtmauer“ alle erwünschten Variationen, Erweiterungen und Änderungen möglich. Die rückwärtigen Wohnbereiche sind auch später entsprechend den Wünschen ihrer Nutzer und den Forderungen des Generationenwechsels vielfach variabel.

Neues Verhältnis von Wohnen und Werken

Für die Lebensformen von morgen (mit hohem Freizeit-Anteil) wird die Rolle des Werkens in der Wohnwelt neu gesehen. Selbsthilfe- und Hobbywerkstätten für Autotechnik und Fahrräder, Holzbau, Textil usw. werden direkt an den Wohnplätzen mitgebaut und auf Dauer betreut. In jedem Haus ist ein Werkraum möglich.

Ökologisches Bauen

Das Verhältnis zur Natur spielt in diesem Entwurf eine große Rolle: die Lage der Häuser zur Sonne, das

Verhältnis von öffentlichem und privatem Grün, die Rolle der Höfe und Gärten für das tägliche Leben, das Verhältnis der Bewohner zu Pflanzen und Tieren.

Bauen in Selbsthilfe, Billig bauen

Es soll in der Modell-Siedlung möglich sein, ein Haus konventionell zu bauen (d.h. durch Unternehmer ausführen zu lassen), es soll aber auch möglich sein, mit einem Minimum an Wohnfläche zu beginnen und das Haus in Selbsthilfe langsam wachsen zu lassen.

Bauen in Genossenschaftsform

Die genannten Ziele scheinen dem Werkbund auf niedrigem Kosten-Niveau nur erreichbar, wenn die Bewohner das Projekt genossenschaftlich realisieren. Die Erfahrungen vieler Jahrzehnte stehen für die Durchführung der Organisation zur Verfügung. Die Mitglieder der Genossenschaft (die Bewohner) genießen alle Rechte von Eigentümern. Verkauf und Handel mit Haus und Grundstück wird über die Genossenschaft abgewickelt.

Zur Planungsgruppe des Werkbundes Nordrhein-Westfalen gehören:

Richard Bödeker, Landschaftsarchitekt, Düsseldorf
Heinz Döhmen, Architekt, Viersen
Wolfgang Meisenheimer, Architekt, Düren/Düsseldorf
Werner Ruhnau, Architekt, Essen
Mirko Schulz, Architekt, Minden
Hanns Uelner, Architekt, Bonn

Eine erste Fassung des Projekts wurde als Beitrag des Werkbundes Nordrhein-Westfalen in der Ausstellung „Deutscher Werkbund 75 Jahre“ im Oktober 1982 in München gezeigt.

Kongreß Wohnen und Wohnungsversorgung

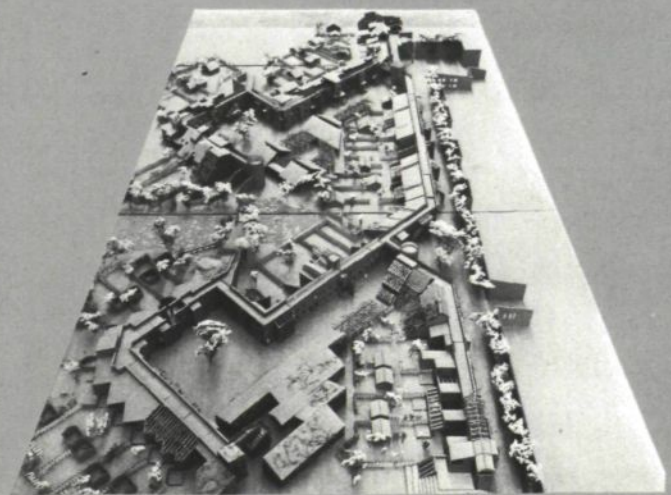
Vom 23. bis 25. Juni 1983 veranstaltet der Deutsche Werkbund in Darmstadt einen weiteren internationalen Kongreß zum Thema Wohnen und Wohnungsversorgung:

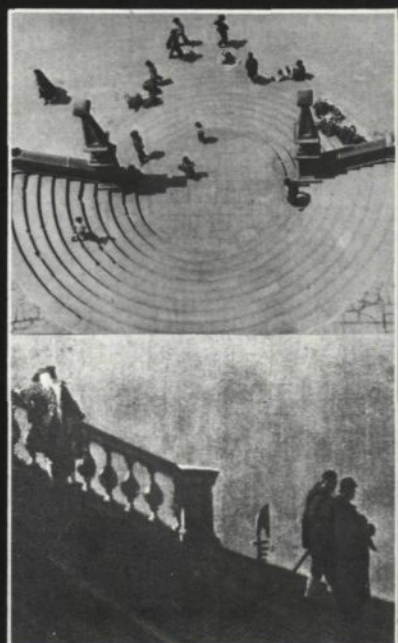
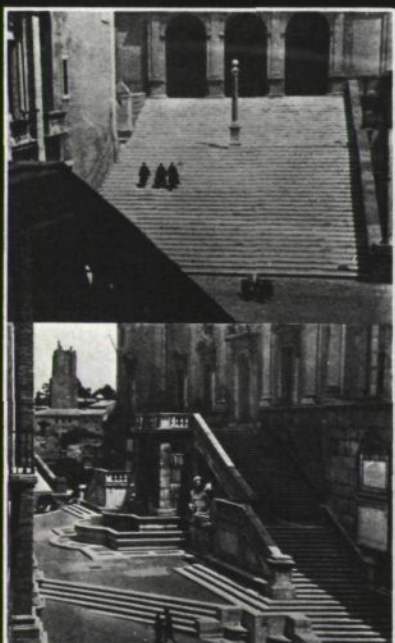
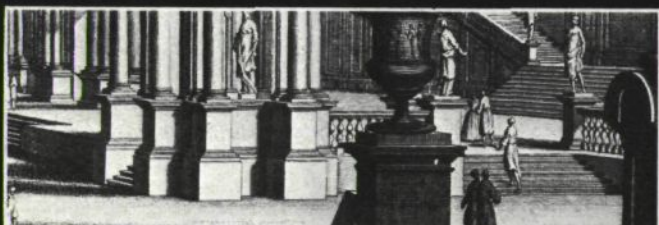
Beispiele - Modelle - Experimente;
neue Ansätze im Wohnungsbau;
Konzepte zur Wohnraumerhaltung.

Parallel zu dem Kongreß wird eine Ausstellung von Wohn-Projekten organisiert, die sich durch einen der folgenden Aspekte auszeichnen: Billigbau, Mitbeteiligung der Bewohner bei der Planung und Nutzung, Selbsthilfe, besondere Trägerform etc.

Es ergeht der Aufruf, sich an dieser Ausstellung zu beteiligen. Von Interesse sind nicht nur durchgeführte Projekte, sondern auch gescheiterte, konzeptionelle Überlegungen etc.

Nähere Informationen über den Deutschen Werkbund e.V., Alexandraweg 26, 6100 Darmstadt, Tel. 06151/46 434 (Joachim Brech oder Christiane Puhl).







Ein Anthropologe,
der viel von Originalität, dagegen wenig
von Nachahmung hielt, ließ sich von einem geschickten
Träger seine Bagage durch den afrikanischen Busch
nachschleppen. Nach vielen Wochen erreichten sie
die Siedlung eines fremden Stammes und man bedeutete
den Ankömmlingen, das Gepäck über eine Leiter
unter ein sicheres Dach zu verstauen.

"Wie das ?" – fragte der Träger.
"Ich sehe nur Löcher mit Stöcken dazwischen !"

